

## 22. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. Juni 2004

### Inhalt

#### Fragestunde

**1. Kauf von Ausgleichsflächen auf der Luneplate**

Anfrage des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 10. Juni 2004 ..... 1239

**2. Grenzwertüberschreitungen bei Obst und Gemüse**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Matthes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2004 ..... 1241

**3. Staatliche Arbeitsschutzaufsicht**

Anfrage der Abgeordneten Frau Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2004 ..... 1242

**4. Gewalt an Schulen**

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juni 2004 ..... 1243

**6. Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern**

Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Juni 2004 ..... 1244

**7. Position des Senats zur Förderung von Spitzenuniversitäten**

Anfrage der Abgeordneten Jäger, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 22. Juni 2004 ..... 1245

**8. Unterstützung der Kinderschutzprojekte gegen Gewalt an Kindern**

Anfrage der Abgeordneten Frau Windler, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 22. Juni 2004 ..... 1245

**9. Abstimmung zum Gentechnikgesetz**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Matthes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juni 2004 ..... 1246

**10. Neu geordnete Berufe nach KMK-Rahmenlehrplan**

Anfrage der Abgeordneten Frau Böschen, Frau Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Juni 2004 ..... 1248

**11. Entwicklungen der Anzahl der Ausbildungsverhältnisse**

Anfrage der Abgeordneten Frau Böschen, Frau Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Juni 2004 ..... 1249

**12. Vergabegesetz für das Land Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Kleen, Jägers, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Juni 2004 ..... 1251

**Aktuelle Stunde** ..... 1252

**Sitzenbleiben an Bremer Schulen**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2004 (Drucksache 16/201)

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2004**

(Drucksache 16/322)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 1252

Senator Lemke ..... 1254

Abg. Rohmeyer (CDU) ..... 1256

Abg. Frau Hövelmann (SPD) ..... 1258

Abg. Tittmann (DVU) ..... 1260

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 1261  
 Abg. Rohmeyer (CDU) ..... 1263

#### **Einführung der Familiencard in Bremen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD  
 und Bündnis 90/Die Grünen  
 vom 2. Juni 2004  
 (Drucksache 16/273)

#### **Einführung einer Familien-Card**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD  
 vom 16. Juni 2004  
 (Drucksache 16/315)

Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) ..... 1264  
 Abg. Pietrzok (SPD) ..... 1266  
 Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 1267

Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) ..... 1268  
 Staatsrat Dr. Knigge ..... 1268  
 Abstimmung ..... 1269

#### **Parkerleichterungen für gehbehinderte Menschen schaffen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD  
 und Bündnis 90/Die Grünen  
 vom 2. Juni 2004  
 (Drucksache 16/274)

Abg. Frau Tuzcek (CDU) ..... 1270  
 Abg. Frau Garling (SPD) ..... 1271  
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) . 1272  
 Senator Eckhoff ..... 1273  
 Abstimmung ..... 1274

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Pflugradt, Frau Dr. Trüpel.

**Präsident Weber**

**Vizepräsident Ravens**

**Schriftführerin Hannken**

**Schriftführerin Marken**

---

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten  
und für Justiz und Verfassung

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

---

Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)



(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 22. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine zehnte Klasse des Schulzentrums Koblenzer Straße, Auszubildende im zweiten Ausbildungsjahr zum Elektriker vom Technischen Bildungszentrum Mitte, eine Gruppe vom Nachwuchspool des Landes Bremen und Bürger aus der Seestadt Bremerhaven.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Anja Stahmann heute im Namen des Plenums ganz herzlich zu ihrem Geburtstag gratulieren. – Herzliche Glückwünsche!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(B)

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer fünf wurde inzwischen vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift **„Kauf von Ausgleichsflächen auf der Luneplate“**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Wedler, FDP.

Bitte, Herr Kollege Wedler!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich frage den Senat:

Erstens: Was hat den Senat bewogen, höhere Kosten als ursprünglich bereits verabredet für den Kauf der Ausgleichsflächen auf der Luneplate zu akzeptieren, und wer sind die Vertragspartner des Kaufgeschäftes?

Zweitens: Wie stellt der Senat sich die Regelung der Gebietshoheit beim Gebietswechsel der erworbenen Flächen in das Bundesland Bremen vor?

Drittens: Wann ist mit dem Beginn der Ausgleichsmaßnahmen zu rechnen, was ist konkret vorgesehen, und wie teuer wird dies werden?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Färber.

**Staatsrat Dr. Färber:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Vorbehaltlich der Zustimmung der politischen Gremien der an den Verhandlungen beteiligten Gebietskörperschaften – Länder Niedersachsen und Bremen, Landkreis Cuxhaven und Gemeinde Loxstedt – erfolgt der Eigentumsübergang der Flächen auf der Luneplate im Zusammenhang mit dem In-Kraft-Treten des Staatsvertrages. Bei den in der Öffentlichkeit genannten „Kaufpreisen“ handelt es sich nicht um Kaufpreise, sondern um die angemessene Entschädigung für den Übergang des Verwaltungsvermögens von Niedersachsen/Loxstedt auf Bremen/Bremerhaven im Sinne des Paragraphen 4 des Gesetzes über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Absatz 7 des Grundgesetzes vom 30. Juli 1979, Bundesgesetzblatt I, Seite 1325.

In 2002 war mit der Bezirksregierung in Lüneburg vereinbart, dass eine Lösung auf kommunaler Ebene gefunden werden soll, die dann im Ergebnis vom Land übernommen werden sollte. Im Februar 2003 hat die neue Landesregierung die Verhandlungsführerschaft auf niedersächsischer Seite übernommen. Die nunmehr ausgehandelten Entschädigungen ergeben sich aus veränderten Bewertungsansätzen des Landes Niedersachsen.

Zu Frage zwei: Ein Staatsvertrag auf Landesebene regelt den Übergang der Gebietshoheit vom Bundesland Niedersachsen auf das Bundesland Bremen.

Zu Frage drei: Im Bereich der Luneplate sind neben den Ausgleichsmaßnahmen für die Hafenausbaumaßnahme CT IV auch die Kompensationsmaßnahmen für die Hafenausbaumaßnahme CT III a, die Versuchsdeponie, den Bebauungsplan Carl-Schurz-Kaserne und teilweise für den Bebauungsplan Luneort – für Luneort erfolgt ein Teilausgleich auf Flächen in der Gemeinde Schiffdorf, Ortsteil Sellstedt – durchzuführen. Mit der Umsetzung der Maßnahmen wird unverzüglich nach Erlass beziehungsweise Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses für CT IV begonnen. Der Umfang der Maßnahmen ergibt sich aus den Planfeststellungen beziehungsweise -genehmigungen und Satzungen, Bebauungsplänen. Zusammengefasst dargestellt sind die Maßnahmen auch im landschaftspflegerischen Begleitplan, der im Planfeststellungsverfahren CT IV öffentlich ausgelegt und planfestgestellt wurde, und umfasst neben der großflächigen Entwicklung von Extensivgrünländern die Herstellung eines Tidepolders.

Die konkrete Benennung der Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen, die aus den genehmigten Projektmitteln für CT IV bereitgestellt werden, ist erst nach endgültiger Auswertung des Planfeststellungsbeschlusses und nach Abschluss des Vergabeverfahrens zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen möglich. In der Kostenberechnung für das Projekt CT IV

(C)

(D)

(A) sind insgesamt für Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes sowie Auflagen aus dem Planfeststellungsverfahren inklusive dem Erwerb der Luneplate Ausgaben in Höhe von 90,9 Millionen Euro veranschlagt worden. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Staatsrat, sind Sie mit mir der Auffassung, dass Ihre Antwort in dem Punkt noch unzureichend ist, dass noch nicht klar ist, wenn sich die Flächen von dem Staatsgebiet Niedersachsen in das Staatsgebiet des Landes Bremen verändern, in wessen kommunale Gebietshoheit diese Flächen dann gelangen werden?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Das ist richtig, aber das ist nicht Gegenstand der Verhandlungen mit Niedersachsen und der Vereinbarung, die jetzt zu treffen ist.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Wedler** (FDP): Das weiß ich auch, Herr Staatsrat! Das ist aber nicht der Punkt der Frage. Sie sind immer noch ausgewichen, weil es darum geht, in wessen kommunale Gebietshoheit diese Fläche gelangt. Es ist nahe liegend für ein Flächenland, dass solche Flächen dann in die kommunale Gebietshoheit gelangen, in der diese Fläche liegt. In diesem Fall müsste es eigentlich so sein, dass die Gebietshoheit auf Bremerhaven fällt. Die Frage: Sehen Sie das auch so?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Der Senat wird sich damit zu gegebener Zeit befassen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich habe eine weitere Zusatzfrage! Die Frage ist also: Verstehe ich Sie richtig, dass Sie sich über die Frage der kommunalen Gebietshoheit bis jetzt noch nicht schlüssig geworden sind?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Es hat darüber noch keine Entscheidung gegeben.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Lehmann! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist ja auch vom Land Bremen eine Erschließung eines Gewerbegebiets vorgesehen. Normalerweise liegen ja die Erschließungskosten von Gewerbegebieten bei rund 150 Euro pro Quadratmeter. Bei einer Gesamtfläche von zwei Millionen Quadratmetern, die hier vorgesehen ist, wären das dann 300 Millionen Euro für das Land Bremen. Sind die Kosten in der Übernahme vom Land Bremen genauso hoch, oder ist mit einem anderen Preis zu rechnen, und wann wird dieses Gewerbegebiet überhaupt erschlossen werden?

(C)

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Also, weil wir ja immer bedarfsgerecht erschließen, ist das eine Zukunftsperspektive. In den Gesprächen mit Niedersachsen bestand Einvernehmen in der Einschätzung, dass es nicht vor frühestens in zehn Jahren der Fall sein wird, dass dieses Gewerbegebiet zu erschließen ist. Sollte es doch der Fall sein, dass ein Bedarf besteht, dann werte ich das ausgesprochen positiv für die Entwicklung in der Region Bremerhaven. Was die Preise angeht, kann ich dazu im Moment nichts sagen. Es ist richtig, dass eine Option in einer Größenordnung von 200 Hektar für die Entwicklung eines Gewerbegebietes auf diesen niedersächsischen Flächen besteht.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(D)

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Das Gewerbegebiet war also auch Gegenstand der Verhandlungen zwischen Niedersachsen und Bremen?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Ja!

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Günthner! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Günthner** (SPD): Herr Staatsrat, stimmen Sie mit mir darin überein, dass man erst einmal den Senat dafür loben muss, dass es überhaupt dazu gekommen ist, diese entsprechende Maßnahme durchzuführen, die ja auch für die Umsetzung des CT IV sehr wichtig ist?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Es ist hier in dieser Rolle nicht meine Sache, den Senat zu loben. Ich halte diese Vereinbarung, die wir mit Niedersachsen getroffen haben, für sachgerecht. Im Übrigen ist sie ja auch zeitgerecht gefallen, denn inzwischen liegt der Planfeststellungsbeschluss für CT IV vor. Das halte ich

(A) für eine sehr wichtige Sache für das Land Bremen und insbesondere die Stadt Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Wie weit sind denn innerbremisch die Verhandlungen darüber, wer die Gebietshoheit für diese Flächen übernehmen wird, schon vorangekommen? Sind da schon Gespräche geführt worden, und in welche Richtung gehen diese Gespräche?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Ich sage Ihnen ganz gespannt, dass wir uns bei diesen ganzen Verhandlungen in dieser Sache keine weiteren Gedanken gemacht haben, und ich denke, es wird da eine ganz simple und schlichte Lösung geben.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Günthner** (SPD): Ich habe ja auch nicht nach den Verhandlungen mit Niedersachsen gefragt, sondern ob innerbremisch, also zwischen den zuständigen Behörden, schon Gespräche geführt worden sind!

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Es hat darüber keine konkreten Verhandlungen gegeben.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Linnert! – Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, Herr Staatsrat, dass in den Kostenkalkulationen für den CT IV, das ist dem Parlament und dem Haushaltsausschuss auch bekannt gewesen, eine Summe von gut 90 Millionen Euro für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen eingestellt worden ist. Ich möchte jetzt von Ihnen wissen, ob für dieses Geschäft mit Niedersachsen und den niedersächsischen Gemeinden weitere Kosten über diese 90,9 Millionen Euro hinaus für den bremischen Haushalt im Finanzplanungszeitraum anfallen werden.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Nein, wir gehen davon aus, dass wir das in diesem Rahmen darstellen können. Wir kennen ja letztendlich noch nicht die Kosten,

die am Ende entstehen, das habe ich in der Antwort deutlich dargestellt, aber wir gehen davon aus, dass das in diesem Kostenrahmen alles darstellbar ist. (C)

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage bezieht sich auf **Grenzwertüberschreitungen bei Obst und Gemüse**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Bei welchen Obst- und Gemüsesorten wurden dieses Jahr im Rahmen der staatlichen Lebensmittelkontrolle in Bremen Grenzwertüberschreitungen von Pestiziden in welchem Umfang festgestellt?

Zweitens: Wie gewährleistet der Senat, dass im Falle von Grenzwertüberschreitungen das Obst und Gemüse nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher gelangt?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke. (D)

**Senatorin Röpke:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung wurden in diesem Jahr in Bremen bisher keine Grenzwertüberschreitungen bei Obst- und Gemüseproben festgestellt.

Zu zwei: Im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung werden Obst- und Gemüseproben saisonbezogen möglichst frühzeitig an den großen Verteilerstellen nach einem risikoorientierten Stichprobenplan beprobt. Bei festgestellten Grenzwertüberschreitungen wird auf der Ebene dieser Vertriebsstufe eine Unterverteilung der Ware an den Einzelhandel nachhaltig unterbunden. Die Untersuchungen richten sich einerseits gezielt auf bestimmte Pflanzenschutzmittel und andererseits auf die Verwendung so genannter Pestizid-Cocktails. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, halten Sie es für möglich, dass keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt wurden, weil sehr wenig untersucht wurde?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

(A) **Senatorin Röpke:** Das halte ich für nicht darstellbar, weil wir – Sie haben ja die Zahlen bekommen vom letzten Jahr und vom vorletzten Jahr, soweit ich weiß – jetzt im Schnitt der Untersuchungen der letzten Jahre liegen. Wir haben jetzt aktuell etwa 80 Beprobungen durchgeführt. Insofern ist das kein Argument für die Tatsache, dass nichts gefunden wurde. Das kann ja auch eine positive Botschaft sein, dass vielleicht Hersteller ihre Verpflichtungen auch ernster nehmen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie ist dann zu erklären, dass in Niedersachsen beispielsweise bei Erdbeeren eben auch in diesem Jahr wieder Höchstmengenüberschreitungen festgestellt wurden? Was macht die spezifischen Charakteristika des Bremer Verbrauchermarkts aus, dass das hier eben nicht der Fall ist?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Ich bitte um Verständnis, dass ich diese Frage jetzt nicht beantworten kann. Das müsste man dann noch einmal näher untersuchen. Das kann auch reiner Zufall sein. Es kann so sein, dass sich in der zweiten Hälfte des Jahres bei uns andere Ergebnisse darstellen als in Niedersachsen, also dass wir in der zweiten Hälfte des Jahres sehr wohl Beanstandungen haben werden. Ich bitte doch darum, dass wir das vielleicht noch einmal zurückstellen, bis das Jahr 2004 insgesamt abgeschlossen ist.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**Staatliche Arbeitsschutzaufsicht**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Ziegert!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Rolle misst der Senat der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht für den Gesundheitsschutz der Beschäftigten in den Bremer Betrieben bei?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat die Abschaffung der Bremer Arbeitsschutzbehörde und die Überleitung ihrer Aufgaben an die Berufsgenossenschaften?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, technische Sicherheit im Betrieb, aber auch im allgemeinen Lebensumfeld, also Haushalt und Freizeit, nützen dem Einzelnen, da er seine Erwerbsarbeit möglichst lange ausüben kann, dem Betrieb, da eine gute Gesundheitsquote die Qualität der Arbeit sichert und die Lohnnebenkosten begrenzt, der Gesellschaft, da Kosten in den Sozialversicherungen entfallen.

Sozialer, technischer und gesundheitlicher Arbeitsschutz stellen eine Einheit dar, sie beginnt bei Maßnahmen zur Prävention und endet bei der Überprüfung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Die Gewerbeaufsicht informiert, berät und überwacht die Betriebe, die Maßnahmen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz organisieren und durchführen. Die Arbeitsschutzaufsicht nimmt einen wichtigen Teil dieser Tätigkeit ein.

Zu zwei: Nein! Die Abschaffung der Bremer Arbeitsschutzbehörde und die Überleitung der Aufgaben an die Unfallversicherungsträger ist nicht geplant. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben der Gewerbeaufsicht, die aus der Antwort zu Frage eins nur schlaglichtartig erkennbar sind und sich in sinnvoller Weise ergänzen, ist ein Heraustrennen des Arbeitsschutzes nicht sinnvoll. Die Effektivität der gemeinsamen Tätigkeit der staatlichen Arbeitsschutzbehörden und der Unfallversicherungsträger, das so genannte duale System, kann auch zukünftig durch Absprachen gewährleistet werden. Hierzu besteht eine allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der Träger der Unfallversicherung und der Gewerbeaufsichtsbehörden. Diese wird gemeinsam mit den Unfallversicherungsträgern und den Ländern fortentwickelt. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Zunächst einmal begrüße ich sehr das klare Nein. Dann aber doch die Frage: Wie schätzen Sie denn Bestrebungen, jetzt hier eine Zusammenlegung oder Abschaffung des staatlichen Arbeitsschutzes zugunsten der Berufsgenossenschaften zu bewirken im Rahmen des so genannten Bürokratieabbaus beim Bundeswirtschaftsminister und auch etliche Vorstöße einzelner Bundesländer, zum Beispiel von Bayern, in diese Richtung ein? Wird es dann weiterhin bei dem klaren Nein Bremens bleiben?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Die Landschaft ist ja ziemlich bunt. Ich habe hier einen Vermerk, den könnte ich Ihnen auch gern einmal zukommen lassen, wer wo was wie alles dazu gesagt hat. Das geht ziemlich quer durcheinander. Ich habe mir aber auch eine

(C)

(D)

- (A) Synopse der Einschätzungen und der Situationen in den Bundesländern anfertigen lassen. Danach ist es ziemlich eindeutig, dass dieses Nein nicht nur ein bremisches Nein ist, sondern ein weitestgehendes Nein vieler Bundesländer. Insofern sehe ich schon, dass es da Bestrebungen gibt. Diese scheitern aber insbesondere daran, dass es auch rechtliche Bedenken gibt, die nicht so ohne Weiteres auszuräumen sind.

**Präsident Weber:** Eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Sie haben zu Recht die große Bedeutung der Arbeitsschutzaufsicht für die Gesundheit der Beschäftigten betont. Wird Bremen denn weiterhin dafür Sorge tragen, auch die personelle Ausstattung der Gewerbeaufsicht so zu bemessen, dass die Aufsicht auch in der nötigen Weise gewährleistet werden kann, insbesondere auch bei der großen Zahl der Klein- und Mittelbetriebe, die bekanntermaßen noch nicht in dem Ausmaß Arbeitsschutzmanagement und Gesundheitsschutz eingeführt haben, wie dies eigentlich im Rahmen des neuen Arbeitsschutzgesetzes vorgeschrieben ist und wie dies auch nötig wäre?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

- (B) **Senatorin Röpke:** Sie wissen ja, dass unsere finanzielle Situation nicht die beste ist, um es einmal positiv auszudrücken, dass wir gerade auch in der Gewerbeaufsicht in den letzten Jahren immer wieder an der einen oder an der anderen Stelle finanzielle Engpässe hatten, um personelle Kapazitäten im notwendigen Umfang zu schaffen. Dank auch der Unterstützung der Bürgerschaft ist es gelungen, da noch in den letzten Jahren einige Verbesserungen hinzubekommen, wenn wir das gemeinsam in den Blick nehmen und die hohe Priorität, gerade auch präventiv zu wirken, damit verbinden! Das Präventionsgesetz auf der Bundesebene kommt ja vielleicht voran und hat dann, so hoffe ich sehr, den Arbeitsschutzgedanken auch gesetzlich verfestigt. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, diesen Schwerpunkt zu halten. Es wird aber nicht ganz einfach werden, das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Ziegert** [SPD]: Danke, nein!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft **Gewalt an Schulen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): (C) Wir fragen den Senat:

Wann wird der Senat den von der Bürgerschaft (Landtag) am 8. Oktober 2003 für den 31. März 2004 geforderten und vom Senat für Ende Mai 2004 angekündigten Bericht zur Gewaltprävention an Schulen vorlegen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Bericht zur Gewaltprävention an Schulen wird zurzeit mit Unterstützung der Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen erarbeitet. Er wird im September 2004 der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vorgelegt. Es hatte sich dadurch eine Verzögerung ergeben, dass eine zweite Abfrage bei den Schulen erforderlich wurde. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Stahmann? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, gibt es weitergehende Überlegungen, wie dann dieser Bericht auch gemeinsam mit den Schulen diskutiert werden soll? (D)

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Ja, selbstverständlich! Das ist ja die eigentliche Motivation gewesen, dass wir vor mehreren Jahren diese Initiative begonnen haben. Leider hat die Rückmeldung der Schulen nicht so geklappt, wie wir uns das erwünscht hatten, da war der Rücklauf ja sehr schlecht. Wir haben gesagt, wir wollen die Schulen mit der Landesumfrage konfrontieren und dann die Schulen abfragen: Wie sieht es denn in eurer Schule direkt aus? Welchen Umgang mit Gewalt habt ihr? Was habt ihr an guten Projekten laufen, wo habt ihr Unterstützungsbedarf? Dies ist jetzt in der zweiten Abfragerunde analysiert worden, wird ausgewertet, wird der Deputation dann, das heißt der Bürgerschaft vorgelegt, so wie ich es eben vorgetragen habe.

Dann wollen wir Schule für Schule noch einmal auch in die Beratung gehen, um Schlüsse zu ziehen, die zum Beispiel auf eine veränderte Fortbildungskultur hinweisen könnten, dass wir also sagen, die Schulen wollen andere Angebote als die, die wir am LIS zum Beispiel haben. Darauf wollen wir entsprechend eingehen, um hier dieses Problem besser in den Griff zu bekommen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

- (A) Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben darauf hingewiesen: Es gab einen zweiten Durchlauf, weil die Rückmeldung der Schulen zurückhaltend war. War denn jetzt bei der zweiten Runde eine Steigerung des Interesses zu spüren?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Lemke:** Ja, Gott sei Dank, durch das Nachhaken und das individuelle Beraten haben wir dann einen vollständigen Rücklauf erhalten, so wie es die Aktenlage ausweist.
- Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Wedler!
- Abg. **Wedler** (FDP): Herr Senator, ich frage Sie: Ist das ein Landesbericht, oder ist es ein rein stadtbremischer Bericht? Ich hätte ein großes Interesse daran, dass es ein Landesbericht wäre.
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Lemke:** Da wir es im Landtag beraten, dass gehe ich davon aus, dass es ein Landesthema ist.
- (B) **Präsident Weber:** Herr Kollege Wedler, es ist so üblich, dass der Fragesteller bei der Antwort des Senators oder der Senatorin so lange am Mikrophon stehen bleibt! Sie haben eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!
- Abg. **Wedler** (FDP): Ich bitte um Entschuldigung! Damit beantworten Sie eigentlich noch nicht, ob auch Bremerhavener Schulen befragt wurden. Ist das so zu verstehen, oder ist das falsch?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Lemke:** Ich werde Ihnen das in der Bildungsdeputation berichten. Ich habe es im Augenblick nicht in der Vorlage.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?
- (Abg. **Wedler** [FDP]: Nein, vielen Dank!)
- Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- Die fünfte Anfrage, die sich auf gemeinsame Rahmenlehrpläne mit anderen Bundesländern bezieht, wurde inzwischen vom Fragesteller zurückgezogen.
- Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten
- Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. (C)
- Bitte, Herr Kollege Crueger!
- Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:
- Erstens: Wie beurteilt der Senat die Bedeutung von Fortbildung für in kommunaler Trägerschaft beschäftigte Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesheimen?
- Zweitens: Wie hoch waren die dafür eingesetzten Mittel im Lande Bremen im Jahr 2002/2003, und wie hoch sollen diese Mittel in 2004/2005 angesetzt werden?
- Drittens: Wie beurteilt der Senat die Höhe dieser Mittel in Relation zum vorhandenen Bedarf?
- Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.
- Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Zu eins: Der Fortbildung für die in kommunaler Trägerschaft beschäftigten Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesheimen misst der Senat eine große Bedeutung zu. Fortbildungen von sozialpädagogischen Fachkräften sind notwendiger Bestandteil jeder Qualitätsentwicklung und selbstverständlicher Teil von Personalentwicklung. Auch die gegenwärtige Forcierung des Bildungsauftrages der Kindertagesbetreuung hat Fortbildung zur Voraussetzung. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die weitere Qualifizierung gerade auch der Leitungskräfte. Umfang, Planung und Finanzierung der Fortbildungen liegen grundsätzlich im Entscheidungsbereich der freien und kommunalen Träger der Kindertageseinrichtungen. (D)
- Neben der Finanzierung von Fortbildungen durch die Träger wurden im Rahmen des „Pisa-Programms“ der Stadtgemeinde Bremen vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Fortbildungen zu unterschiedlichen Themenbereichen für Erzieherinnen und Erzieher der freien sowie der städtischen Träger konzipiert, durchgeführt und finanziert. Sie waren und sind zum Teil integraler Bestandteil von Projekten, die mit Kooperationspartnern durchgeführt wurden beziehungsweise durchgeführt werden.
- Zu zwei: Von den städtischen Trägern von Kindertageseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven wurden folgende Mittel eingesetzt beziehungsweise sind für 2004/2005 geplant: Städtischer Träger in Bremen 2002, die Summe kann so kurzfristig nicht genau beziffert werden, 2003 rund 32 000 Euro einschließlich Zusatzausbildung für integrative Hilfen, 2004/2005 rund 30 000 Euro pro Jahr, eine Fort-

(A) schreibung unter Berücksichtigung der globalen Minderausgaben ist geplant. Zum Städtischen Träger in Bremerhaven: 2002 7140 Euro, 2003 6972 Euro, 2004/2005 6740 Euro pro Jahr!

Zu drei: Der Senat hält die eingesetzten Mittel in Relation zum vorhandenen Bedarf und unter Berücksichtigung der Finanzsituation des Landes Bremen für angemessen. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, inwieweit sieht der Senat eine Verknüpfung zwischen der Qualifizierungssäule der Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive und den regulären Fortbildungsmaßnahmen, die ja in etwa in der Höhe von 30 000 Euro fortgeschrieben werden?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Das müssen wir trennen! Sie haben jetzt, so habe ich das verstanden, explizit nach der Fortbildung bei den städtischen Trägern gefragt. Wir haben die freien Träger jetzt hier auch außen vor gelassen. Wir haben auch außen vor gelassen, dass wir noch darüber hinaus, das sagte ich ja gestern schon, projektbezogen, also zum Beispiel für Sprachentwicklungsprogramme oder Kooperationsprogramme, auch Fortbildungsmittel aufwenden, die aber in dem Projekt und nicht in dieser hier genannten Haushaltsstelle verankert sind. Dazu kommt dann auch noch die Qualifizierungssäule dieses Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramms, das sich auch an freie und an städtische Träger richtet. Insofern kann man jetzt hier die Frage, die sich auf die städtischen Träger bezogen hat, nicht mit hineinbringen, sondern es läuft noch zusätzlich nebenher.

(B)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **Crueger** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das läuft sozusagen beides nebenher, es beeinflusst nicht die Höhe der Mittel, und es wird in der Höhe fortgeschrieben! Ich bedanke mich!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf die **Position des Senats zur Förderung von Spitzenuniversitäten**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Jäger, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Jäger!

Abg. **Jäger** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit unterstützt der Senat das von der Bundesregierung geplante Förderprogramm für Universitäten?

Inwieweit beabsichtigt der Senat, eine Beteiligung der Bremer Hochschulen zu unterstützen? (C)

Wie schätzt der Senat die Folgekosten ein, die durch eine mögliche Beteiligung am Förderprogramm der Bundesregierung entstehen könnten?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat unterstützt das Förderprogramm für Universitäten in dem derzeit zwischen Bund und Ländern erreichten Verhandlungsstand.

Zu Frage zwei: Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat die Universität Bremen zu einer Antragstellung ermuntert und wird sie im Rahmen seiner Möglichkeiten dabei unterstützen.

Zu Frage drei: Nach dem derzeitigen Verhandlungsstand müssten die Sitzländer 25 Prozent der Fördersumme für die Laufzeit von fünf Jahren tragen und für die Übernahme der Folgekosten nach Abschluss der Förderung Sorge tragen. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr! (D)

Abg. **Jäger** (CDU): Herr Senator, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie für das Land Bremen nicht von vornherein eine finanzielle Zusage zur Mitfinanzierung gegeben oder in Aussicht gestellt haben?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Nein, das können wir nicht, denn wie Sie ja wissen, da Sie den Wissenschaftsplan mit erarbeitet und mit beschlossen haben, haben wir entsprechende Forschungsschwerpunkte für die Jahre 2006 bis 2011. In diesem Zeitrahmen soll es durchgeführt werden, und dafür haben wir auch die entsprechenden Forschungsgelder eingeplant. Insofern stehen wir sozusagen Gewähr bei Fuß, wenn das erlaubt ist.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Unterstützung der Kinderschutzprojekte gegen Gewalt an Kindern**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Windler, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Windler!

Abg. Frau **Windler** (CDU): Wir fragen den Senat:

(A) Inwieweit ist dem Senat die Stiftung „Hänsel und Gretel“ bekannt, wie beurteilt der Senat die Projekte der Stiftung, und inwieweit sieht der Senat eine Möglichkeit, die Stiftung auf Bremen auszuweiten?

Wie bewertet der Senat die Idee, dass Geschäftsleute ihre Läden als so genannte Schutzräume zur Verfügung stellen?

Inwieweit wäre der Senat bereit, die Aufklärung in den Schulen und in den Kindergärten bezüglich der Nutzung der „Schutzräume“ zu unterstützen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Nach Selbstdarstellung der Stiftung initiiert und unterstützt sie seit ihrer Gründung im Jahr 1997 Kinderschutzprojekte in verschiedenen Städten und Gemeinden wie zum Beispiel die bundesweite Einrichtung von kindgerechten Video-Anhörungszimmern im Justizbereich, den Ausbau von so genannten Notinseln, das heißt von Anlaufpunkten für sich bedroht fühlende oder bedrohte Kinder im öffentlichen Raum, weitere Beispiele sind die Beratung im Internet und Präventionsprojekte an Schulen.

(B) Die Stiftung konzentriert ihre Aktivitäten nach eigenen Angaben gegenwärtig ausschließlich auf das Projekt „Notinseln“. Auf Nachfrage des Senats hat die Stiftung das Interesse und die Bereitschaft formuliert, ein solches Projekt gegebenenfalls gemeinsam mit Partnern vor Ort unter Nutzung aller bestehenden Hilfsmöglichkeiten auch in Bremen umzusetzen und sich gegebenenfalls auch um Sponsoren zu bemühen. Nähere Förderkonditionen und Förder Voraussetzungen sowie Auswirkungen in Form erwarteter finanzieller Eigenbeteiligungen oder Folgekosten sind dem Senat zurzeit nicht bekannt.

Zu zwei: Das Projekt „Notinseln“ startete als bundesweites Pilotprojekt in der Region Karlsruhe und umfasst dort zirka 1000 beteiligte Geschäfte wie Bäcker, Friseure, Banken et cetera und wird derzeit in weiteren Partnerstädten der Stiftung erprobt. Zur Gesamtbeurteilung des Projekts oder seiner speziell präventiven Wirkung für junge Menschen als potentielle Opfer von Straftaten liegen dem Senat noch keine ausreichenden fachlichen Erkenntnisse vor.

Zu drei: Bei der Entwicklung, Bekanntmachung und Unterstützung von Präventionsprojekten in den verschiedenen Feldern der Prävention arbeiten die betroffenen Senatsressorts bereits regelmäßig ressortübergreifend zusammen. Dies schließt insbesondere eine enge Kooperation mit Schulen und Kindergärten sowie weiteren Multiplikatoren bei freien Trägern ein.

Dieser Standard würde zur Sicherstellung von Erfolg, Verfahrens-, Prozess- und Erlebnisqualität gegebenenfalls auch für dieses oder sonstige neue Präventionsprojekte gelten. – Soweit die Antwort des Senats!

(C)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Windler** (CDU): Frau Senatorin, sind Sie nicht auch meiner Meinung, dass dieses Projekt in Bremen längst überfällig ist, weil Kinder Gewalt und Not ganz anders sehen? Da das ein relativ kostenneutrales Projekt ist, würde es Bremen doch sicherlich gut zu Gesicht stehen, alles dafür zu tun, dieses Projekt auch hier nach Bremen zu bekommen. Was gedenkt der Senat, dahin gehend zu tun?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Es ist ja hier in der Antwort des Senats schon festgehalten, dass wir Kontakt mit der Stiftung aufgenommen haben, dass wir uns jetzt in einer Phase befinden, in der wir uns erst einmal schlau machen, was dieses Projekt genau leistet. Vor allen Dingen ist uns wichtig, dass wir die fachliche Qualität dieses Projekts sehr genau prüfen. Es ist schließlich ein sehr sensibles Thema, wie mit dem Schicksal von Kindern und jungen Menschen umgegangen wird. Da werden wir sehr genau hinschauen, wie die bisherigen Ergebnisse zu bewerten sind, denn das befindet sich ja insgesamt noch in einem Modellversuch. Wie auch vor allen Dingen die Konditionen sind, ist zurzeit noch nicht ganz klar. Dabei sind wir, und wir werden das eruieren und gemeinsam mit der Stiftung erörtern.

(D)

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Abstimmung zum Gentechnikgesetz**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird der Senat am 9. Juli 2004 der Novelle des Gentechnikgesetzes im Bundesrat zustimmen?

Zweitens: Wenn nein, warum nicht?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

- (A) Diese Frage kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden, da die Beratungen in den Bundesratsausschüssen noch nicht abgeschlossen sind. – Soweit die Antwort des Senats, aber das wird Sie auch nicht weiter überrascht haben!
- Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie mir zustimmen, dass ich das nicht glauben kann und Ihnen das auch nicht abnehme, weil der Senat sich ja am 9. Juli verhalten muss?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Röpke:** Ja, eben! Der Senat hat die Gepflogenheit, sich rechtzeitig in der Senatsitzung vor der Bundesratsbefassung darüber auszutauschen und auszuwerten, wie die Beratungen in den jeweiligen Bundesratsausschüssen ausgegangen sind, und sich dann ein Urteil zu bilden, wie sich der Senat insgesamt in der Abstimmung im Bundesrat verhalten wird. Aber das wird erst in der Woche vor dem 9. Juli sein, und deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich nicht in die Zukunft schauen und Ihre Fragen nicht beantworten kann!
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- (B) Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Zunächst noch einmal der Hinweis: Der 9. Juli ist nächste Woche. Die Kernpunkte der Gesetzesnovelle, wie sie von Frau Künast auf den Weg gebracht worden ist, sind lange bekannt. Welche Meinungsbildung hat denn der Senat dazu?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Röpke:** Der 9. Juli ist wie gesagt nächste Woche Freitag. Der Senat tagt am Dienstag, also haben wir noch ausreichend Zeit, das in dieser Woche miteinander zu klären. Das ist übrigens nicht unüblich, denn wir machen das immer so, dass wir in der Woche der Bundesratssitzung an dem Dienstag jede Vorlage für den Bundesrat gemeinsam besprechen und der Senat sich dann in der Woche dazu verhält oder bespricht, wie er sich verhalten will. Insofern ist das überhaupt nichts Ungewöhnliches, und wir werden uns nächsten Dienstag noch einmal ganz genau anschauen, wie die einzelnen Bundesratsausschüsse votiert haben. Das ist ein sehr umfangreiches Werk, und das ist nicht nur eine A-B-Auseinandersetzung, sondern das ist auch eine fachliche Bewertung in den unterschiedlichsten Punkten. Deswegen bitte ich jetzt wirklich um Verständnis, dass ich heute zu den Details nichts sagen kann und nichts sagen werde.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- (C) Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, würden Sie mir zustimmen, dass die Kernpunkte der Gesetzesnovelle, so wie sie von Frau Künast auf den Weg gebracht worden ist, auch von herausragender Bedeutung für die Sicherung einer gentechnikfreien Produktion sind?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Röpke:** Ja, sicher! Das Problem ist ja insgesamt ein ausgesprochen schwieriges. Wir brauchen eine Sicherheit, auch für die so genannte grüne Gentechnik. Das Problem besteht jetzt darin, dass der Bundestag eben schon einen Gesetzesteil am 18. Juni beschlossen hat, also den zustimmungsfreien Teil, und jetzt geht es um die Fragen, die noch über den Bundesrat zu klären sind.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie mir zustimmen, dass es die demokratische Kultur eigentlich erfordert, dass bei so einer bedeutenden Gesetzesnovelle auch das Parlament rechtzeitig über die Position des Senats informiert wird?
- (D) **Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Röpke:** Das Parlament ist doch autonom. Es kann jederzeit jedes Thema für sich auf die Tagesordnung setzen. Dazu bedarf es nicht einer Initiative des Senats.
- Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Güldner! – Bitte sehr!
- Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, soweit Ihre Einlassungen zu den noch erfolgenden Beschlussfassungen, aber Sie verwiesen selbst auf die laufenden Beratungen der Bundesratsausschüsse. Wie hat sich Bremen in den Bundesratsausschüssen, die ja nun schon getagt haben, inhaltlich verhalten?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Röpke:** Da bin ich wirklich überfragt. Ich kann jetzt nicht das Ergebnis der Einlassung von jedem einzelnen Bundesratsausschuss referieren. Sie sind zum Teil sehr unterschiedlich.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(A) **Abg. Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Gehe ich recht in der Annahme, dass Ihr Haus federführend in dieser Frage ist und auch die Position in den Bundesratsausschüssen mit bestimmt und mithin Sie als Senatorin des federführenden Ressorts eigentlich wissen müssten, wie sich Ihr Haus in den Bundesratsausschüssen verhalten hat?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Wie sich unser Haus im Bundesratsausschuss verhalten hat, weiß ich. Ich kann auch genau nachschauen, wie sich alle anderen Häuser nach dem aktuellen Stand im Bundesratsausschuss verhalten haben. Ich bitte nur um Verständnis, dass ich es jetzt nicht mithabe!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abg. Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sagten, Sie wissen, wie sich Ihr Haus in den bereits laufenden Verhandlungen der Ausschüsse verhalten hat. Ich wüsste gern, wie sich Ihr Haus dort verhalten hat!

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

(B) **Senatorin Röpke:** Wir haben die meisten der fachlich begründeten Anträge unterstützt. Wir haben in unserem Ausschuss sehr wohl die Ziele von Transparenz, Gesundheitsschutz und Vorsorge im Blick und haben auch entsprechend votiert.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abg. Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Das heißt was?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Das sind über 100 verschiedene Änderungsanträge, die wir jeweils nach diesen Kriterien entweder abgelehnt oder, wenn sie diese Kriterien erfüllt haben, unterstützt haben. Das war nicht ein Antrag insgesamt, sondern das waren verschiedene fachliche Positionen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abg. Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt das, dass Ihr Haus im Kern diese Gesetzesnovelle unterstützt und bei einigen Änderungsanträgen zugestimmt hat, oder was heißt das in der Konsequenz?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Das heißt, dass wir jeden Punkt sorgfältig fachlich beurteilt und entsprechend votiert haben.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abg. Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich verstehe Ihre Position in Bezug auf den Senat, weil er noch keine Beschlussfassung gemacht hat, aber die Bundesratsausschüsse haben ja nun schon getagt. Heißt das, dass Sie dem Parlament nicht offen legen wollen, wie sich der Senat und Ihr Haus in diesen Ausschüssen inhaltlich verhalten haben?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Ich bitte noch einmal um Verständnis! Ich will diesem Haus gern alles offen legen. Ich habe jetzt nur diese einzelnen Beratungsschritte nicht papiermäßig mit. Ich kann Ihnen das alles aber gern, wenn Sie Wert darauf legen, genau erläutern. Ich habe das nur einfach nicht bei mir!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf würden wir Wert legen! Danke schön!)

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Neu geordnete Berufe nach KMK-Rahmenlehrplan**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Bösch, Frau Hövelmann, Böhrsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Bösch!

**Abg. Frau Bösch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was wurde unternommen, um die nötigen Voraussetzungen für Unterricht nach Lernfeldern – wie der KMK-Rahmenplan es für alle neu geordneten Berufe vorsieht – an den Schulen zu schaffen, zum Beispiel in Bezug auf Fortbildung der Lehrkräfte und Umrüstung der Lernumgebungen?

Zweitens: In welchem Umfang ist das Unterrichten von Lernfeldern umgesetzt, beziehungsweise wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Drittens: Wie wird sichergestellt, dass bei der Benennung von Lernfeldern beziehungsweise Fächern die Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern gewährleistet ist?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(C)

(D)

(A) Zu Frage eins: Seit der Einführung der lernfeldorientierten KMK-Rahmenlehrpläne im Jahr 1997 wurden zahlreiche Workshops und Fachtagungen durch das LIS durchgeführt, in denen das Lernfeldkonzept vorgestellt und Umsetzungsschritte erarbeitet wurden. Da die Umsetzung des Lernfeldkonzepts weitreichende Konsequenzen für die Unterrichtsorganisation beinhaltet, wurden auch alle Schulleitungen der beruflichen Schulen im Rahmen ganztägiger Veranstaltungen einbezogen.

Darüber hinaus werden in allen neuen oder neu geordneten Berufen Curriculumgruppen mit Lehrkräften der betroffenen Schulen gebildet. Ihr Auftrag besteht in der schulinternen und schulübergreifenden Umsetzung der KMK-Rahmenlehrpläne in Lernsituationen und Materialien für den Unterricht.

In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule und Partner“ wurde ein Umsetzungsleitfaden entwickelt, der auch die methodisch-didaktischen Implikationen des lernfeldorientierten Unterrichts angemessen berücksichtigt. Parallel dazu wurden und werden neben der laufenden fachlichen Fortbildung vom LIS zahlreiche Einführungs- und Umsetzungsveranstaltungen angeboten.

Zur weiteren Unterstützung der Umsetzungsmaßnahmen werden unter der Anleitung des LIS Unterrichtsmaterialien und Best-practice-Beispiele in digitaler Form erstellt und im Rahmen der netzgestützten Curriculumentwicklung in die Lehrpläne eingearbeitet. Sie stehen allen Bremer Lehrkräften im Internet zur Verfügung.

(B) Eine grundlegende Umrüstung der Lernumgebungen ist zur Umsetzung des Lernfeldkonzepts im Unterricht beruflicher Schulen nicht erforderlich. Die Schulen sind allerdings aufgefordert, den Lernfeldbezug bei der schrittweisen Umrüstung auf neue didaktische Konzepte im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmittel zu berücksichtigen.

Zu Frage zwei: Der Unterricht in Lernfeldern erfolgt auf der Basis der in den Curriculumgruppen erarbeiteten Vorgaben. Die schulinterne Umsetzung erfolgt mit Beginn der jeweiligen Neuordnung und damit parallel zur Einführung des jeweils neuen KMK-Rahmenlehrplans. Der Umsetzungsprozess wird vom LIS unterstützt.

Zu Frage drei: Nicht die bundesweite Vergleichbarkeit bei der Benotung von Lernfeldern ist das Problem, sondern vielmehr die unterschiedliche Umsetzung der KMK-Rahmenlehrpläne in den einzelnen Ländern. So ergibt sich bei der Zuordnung der Lernfelder zu Fächern der Stundentafeln eine große Vielfalt von unterschiedlichen Lösungen. Die Fächer des berufsübergreifenden Lernbereichs sind davon nicht betroffen.

Dies relativiert sich jedoch vor dem Hintergrund, dass die Abschlussprüfungen der dualen Ausbildung bundeseinheitlich gestaltet sind und bundesweit mit

den gleichen Aufgaben durchgeführt werden. Standard und Erfolgsmaßstab der Abschlussprüfungen sind damit bundesweit gleich. – Soweit die Antwort des Senats!

(C)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Herr Senator, Sie haben die unterschiedliche Umsetzung der KMK-Rahmenpläne in den einzelnen Bundesländern angesprochen. Während einige Bundesländer eins zu eins die Lernfelder umsetzen, haben andere Bundesländer, und dazu zählt auch Bremen, die Lernfelder einzelnen Fächern zugeordnet. Hieraus ergibt sich auch die von Ihnen bereits festgestellte Vielfalt und damit einhergehend die Schwierigkeit der Vergleichbarkeit. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass eine Synopse über die Umsetzung der Lernfelder in den einzelnen Bundesländern hier eine Übersicht herstellen würde und uns damit dem Ziel einer bundesweiten Vergleichbarkeit ein Stück näher brächte?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Da stimme ich Ihnen zu!

(Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: Vielen Dank!)

(D)

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage trägt die Überschrift „**Entwicklungen der Anzahl der Ausbildungsverhältnisse**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Böschen, Frau Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Böschen!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die gegenläufige Entwicklung der vergangenen Jahre, dass einerseits die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich, sinkt und andererseits die Zahl der Ausbildungsberufe zunimmt?

Zweitens: Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Bildung von Fachklassen beziehungsweise Landesfachklassen in Berufsschulen?

Drittens: Welche Landesfachklassen gibt es in Bremen beziehungsweise in Bremerhaven, beziehungsweise welche befinden sich in Planung?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(A) Zu Frage eins: Verordnungsgeber für die dualen Ausbildungsberufe ist der Bund, der damit auch für den Trend verantwortlich ist, immer schmalere und damit hochspezialisierte Ausbildungsberufe zu konzipieren. Die Länder kritisieren diese Entwicklung und haben ihre diesbezügliche Position in einem Initiativpapier der Kultusministerinnen und -minister zur Sicherung der Berufsausbildung und Qualifizierung junger Menschen vom 4. 12. 2003 festgelegt. Darin heißt es unter anderem:

„Statt anerkannte Ausbildungsberufe grundsätzlich mit einer breit angelegten beruflichen Grundbildung oder mit breit angelegten Kern- und grundlegenden Fachqualifikationen zu entwickeln, folgt der Bund zu häufig den sehr spezifischen Interessen von Branchen und ihren Verbänden und lässt Ausbildungsberufe entwickeln, die überspezialisiert sind und über Nischenberufe nicht hinauskommen. Neue Ausbildungsberufe mit sehr engem Qualifikationsprofil werden geschaffen oder aus bereits bestehenden Ausbildungsberufen herausgelöst, während der Anteil der Querschnittsberufe reduziert wird.“

Eine solche Atomisierung führt dazu, dass der duale Partner Berufsschule bei verantwortbarem Ressourceneinsatz kein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in der Fläche vorhalten kann. Um den Berufsschulunterricht für spezialisierte Ausbildungsberufe anbieten zu können, müssen in zunehmendem Maße große Einzugsbereiche gebildet werden, bis hin zu länderübergreifenden Fachklassen.

(B) Die Länder verhandeln derzeit unter der Federführung von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit dem Bund über die Frage, wie die einzelnen Punkte des vorgenannten Initiativpapiers umgesetzt werden können. Der Senat hofft im Interesse der ausbildenden Firmen und der Jugendlichen auf einen raschen Fortschritt in dieser Sache.

Zu Frage zwei: Aufgrund der zunehmenden Spezialisierung der Ausbildungsberufe wird die Vermittlung allgemeiner und fachlicher Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der einzelnen Ausbildungsberufe und damit die Bildung von Fachklassen in einzelnen Ausbildungsberufen immer schwieriger. Es müssen berufsübergreifende oder jahrgangsübergreifende Klassen bis hin zu Landesfachklassen gebildet werden. In einzelnen Berufen, so genannte Splitterberufe, werden die Auszubildenden darüber hinaus in länderübergreifende Fachklassen in andere Bundesländer überwiesen. Da die Bildung von Landesfachklassen in Bremen oder Bremerhaven oder die Überweisung in eine länderübergreifende Fachklasse in einem anderen Bundesland mit einem zusätzlichen Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist, droht die heimische Wirtschaft häufig mit dem Abbau von Ausbildungsplätzen. Dadurch wird die Einrichtung von Landesfachklassen beziehungsweise länderübergreifenden Fachklassen, die aus monetären und fachlichen

Gründen dringend erforderlich wäre, erschwert und im Einzelfall verhindert. (C)

In Bremerhaven kommt erschwerend hinzu, dass eine nicht geringe Anzahl von Schülerinnen und Schülern in der Berufsschule aus dem niedersächsischen Umland stammt, insbesondere aus dem Altkreis Wesermünde des Landkreises Cuxhaven, mit dem eine vertragliche Übereinkunft zum Besuch der Berufsschule in Bremerhaven besteht. Eine Überweisung nach Bremen hätte zur Folge, dass diese vertragliche Grundlage in Frage gestellt würde und sich die Situation an den Bremerhavener Berufsschulen weiter verschärfen würde. Trotzdem werden vor dem Hintergrund der vorgenannten Entwicklungen in verstärktem Maße Landesfachklassen und länderübergreifende Fachklassen eingerichtet werden müssen.

Zu Frage drei: Zurzeit gibt es Landesfachklassen in den Ausbildungsberufen Kosmetiker/Kosmetikerin und Verlagskaufmann/Verlagskauffrau, ab 2005/2006 in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin und Fachkraft im Fahrbetrieb. Zurzeit geprüft wird die Einrichtung von Landesfachklassen für die Ausbildungsberufe Elektroniker/Elektronikerin für Maschinen- und Antriebstechnik und Pharmazeutisch-kaufmännischer Fachangestellter/Pharmazeutisch-kaufmännische Fachangestellte.

Darüber hinaus gibt es in der Stadtgemeinde Bremen aufgrund bilateraler schulischer Absprachen weitere Fachklassen, in die von Bremerhaven Schülerinnen und Schüler entsendet werden wie zum Beispiel Druckberufe, Laborantenberufe und Augenoptiker sowie länderübergreifende Fachklassen für die Splitterberufe Brauer und Mälzer, Fachkraft für Lebensmitteltechnik, Orthopädiemechaniker und Bandagist sowie Patentanwaltsfachangestellter. – Soweit die Antwort des Senats! (D)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Bösch** (SPD): Herr Senator, ich verstehe Ihre Antwort so, dass auch Sie der Meinung sind, dass bei der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe auch der Berufsschulstandort eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Bei der Aufzählung der Ausbildungsberufe, die durch bilaterale Absprachen der Schulen den Standorten zugeordnet werden, handelt es sich ausschließlich um Berufe, die in der Stadt Bremen beschult werden, während die zurzeit eingerichteten vier Landesfachklassen überwiegend in Bremerhaven angesiedelt sind. Darf ich diese Entscheidung so verstehen, dass Ihre Behörde bei der Einrichtung von Landesfachklassen ganz gezielt versucht, den Standortnachteil Bremerhavens auszugleichen, um die prekäre Ausbildungssituation nicht weiter zu verschlimmern?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Lemke:** Das ist absolut richtig!

(Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: Vielen Dank!)

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Vergabegesetz für das Land Bremen**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Kleen, Jägers, Böhmens und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Kleen!

Abg. **Kleen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Angebote für öffentliche Aufträge fielen seit In-Kraft-Treten des Landesvergabegesetzes unter dessen Anwendungsbereich, das heißt, in wie vielen Fällen sind Leistungsangebote nach diesem Gesetz geprüft und Aufträge vergeben worden?

Zweitens: Wie viele Angebote mussten bisher aufgrund der Nichteinhaltung der Vorschriften des Gesetzes vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden?

(B) Drittens: Welche konkreten Vorschriften wurden in diesen Fällen missachtet und führten damit zu einer Ablehnung der Angebote?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Färber.

**Staatsrat Dr. Färber:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Öffentliche Aufträge werden durch öffentliche Auftraggeber, so genannte Vergabestellen, vergeben. Dies sind in Bremen vornehmlich Gesellschaften, denen durch Geschäftsbesorgungsvertrag die operativen Aufgaben übertragen wurden. Zu diesen Aufgaben gehört auch die Durchführung von Bauleistungen, zu denen insbesondere die Unterhaltung bestehender Anlagen oder der Neubau gehören. Aufgrund des Landesvergabegesetzes bestehen keine Pflichten der Vergabestellen, Details über die Abwicklung der einzelnen Vergabeverfahren statistisch zu erfassen und dem für das öffentliche Auftrags- und Beschaffungswesen zuständige Ressort mitzuteilen. Insofern können die Fragen nur tendenziell beantwortet werden.

Zu Frage eins: Es ist davon auszugehen, dass bei einer Vielzahl von Aufträgen aufgrund des im Landesvergabegesetzes festgelegten Schwellenwertes von 10 000 Euro die Bestimmungen des Landesvergabegesetzes zu beachten waren.

Zu Frage zwei: Es ist festzustellen, dass zu Beginn des In-Kraft-Tretens des Gesetzes noch eine größere Anzahl von Bietern aus Unkenntnis die geforderten Unterlagen dem Angebot nicht beigefügt hatten. Dies kommt jetzt nur noch in Ausnahmefällen vor.

Zu Frage drei: Wenn von Vergabestellen nach Landesvergabegesetz geforderte Unterlagen dem Angebot nicht beigefügt wurden, sind diese Bieter ausgeschlossen worden.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Ich darf feststellen, dass die Antwort wenig ergiebig und nicht wirklich befriedigend ist. Ich darf aber nachfragen: Herr Staatsrat, gibt es auf Arbeitsebene innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe, an der mindestens drei, vier Ressorts teilnehmen, die darüber nachdenken, wie man Schwachstellen des Vergabegesetzes nachbessern kann, um Probleme innerhalb der Vergaben zu lösen? Können Sie mir sagen, wie der Senat zu der Erkenntnis gekommen ist, dass es da möglicherweise Schwachstellen gegeben hat, denn ich lese die Antwort des Senats so, dass das Vergabegesetz im Prinzip gut läuft?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Ich kann Ihnen bestätigen, dass wir auf Arbeitsebene selbstverständlich immer wieder hinterfragen, ob Dinge vernünftig laufen oder nicht. Über Inhalte und besondere Erkenntnisse in dieser Arbeitsgruppe kann ich Ihnen hier nichts berichten.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Es liegt vielleicht daran, dass das auf Arbeitsebene gemacht wird und nicht auf Staatsräteebene, obwohl ich Ihnen nicht unterstelle, nicht Arbeitsebene zu sein.

(Heiterkeit – Staatsrat D r . F ä r b e r :  
Das wollte ich gerade anmerken!)

Entschuldigung!

Darf ich davon ausgehen, da es inzwischen vielleicht doch auch etwas positiv bei Ihnen besetzt ist, dass wir dann bald mit der im Gesetz vorgesehenen Verordnung zum Vergabegesetz im Hinblick auf die Tariftreue rechnen dürfen?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Ich habe nicht den Eindruck, dass es im Moment unbedingt an meinem Haus

(C)

(D)

(A) scheitert, dass diese Verordnungen beschlossen und verkündet werden können. Ich glaube, dass das Probleme vielfältiger Art sind, die von vielen in die Diskussion gebracht worden sind.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Wären Sie vielleicht so freundlich, mir zu bestätigen, dass Sie dafür zuständig sind?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Das ist richtig!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Könnten Sie uns als Parlament versichern, dass Sie Ihre Kraft da hinein legen werden, diese Verordnung voranzutreiben und die möglichen Widerstände in anderen Häusern mit all Ihrer Kraft zu überwinden?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Färber:** Das sage ich Ihnen gern zu!

(B) **Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser letzten Anfrage ist die Fragestunde erledigt.

### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

### Sitzenbleiben an Bremer Schulen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2004 (Drucksache 16/201)

D a z u

### Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2004

(Drucksache 16/322)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator, Sie legen darauf keinen Wert, so dass wir gleich in die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt eintreten können.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern hatte ich reichlich Gelegenheit, eine eigene empirische Untersuchung hier im Haus vorzunehmen und zu fragen, ob hier schon einmal jemand sitzen geblieben ist oder nicht. Das war interessant, die Ergebnisse werde ich Ihnen aber vorenthalten!

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Schade! – Abg. Frau **Krusche** [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade!)

Vielleicht kommen wir ja im weiteren Verlauf der Debatte noch auf Details.

(Abg. **Pietzok** [SPD]: Bekennen Sie sich, Frau Stahmann!)

Ich bin nicht sitzen geblieben, Herr Pietzok, habe aber in der zwölften Klasse ausgiebig geschwänzt und auch einige Schulkonferenzen gehabt, das räume ich ein!

Bremen nimmt beim Sitzenbleiben in der Schule seit Jahren einen bundesweiten Spitzenplatz ein. Wir müssen fragen: Warum ist das so, und was können wir an dieser Tatsache ändern? Zuletzt hatte die Pisa-Studie für Bremen deutlich gemacht, dass über 43 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer gesamten Schulzeit ein Jahr wiederholen. Das ist eine ganz beachtliche Zahl, und man kann sagen, fast jeder zweite Bremer Schüler bleibt einmal im Laufe seiner Schulkarriere sitzen. Wir finden, das kann nicht angehen. An der Schule stimmt etwas nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viele Länder haben diese Form der Ehrenrunde abgeschafft und setzen mit guten Ergebnissen auf eine intensivere Förderung der Schülerinnen und Schüler. Länder, die mit alternativen Lernmodellen arbeiten, schneiden am besten ab, obwohl sie nicht aussortieren, die Schüler nicht sitzen bleiben lassen und teilweise erst ab Klasse acht oder neun Noten geben, eine Tatsache, die meinem Kollegen Rohmeyer wahrscheinlich Schauer des Entsetzens über den Rücken jagen lässt!

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Er wird schon ganz blass!)

Wir sagen: Davon können wir lernen, sie haben nämlich deutlich bessere Lernergebnisse vorzuweisen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

- (A) Die grüne Bürgerschaftsfraktion hat den Senat in einer Großen Anfrage zur aktuellen Situation und zu Alternativen zum Sitzenbleiben befragt, und die Zahlen zeigen, dass sich etwas tut, aber eine Trendwende haben wir noch nicht erreicht. Fast ein Fünftel der Neuntklässler in Bremerhavens Haupt- und Realschulen dreht in diesem Schuljahr eine Ehrenrunde, freiwillig oder unfreiwillig. In Bremerhaven wiederholen knapp sechs, in Bremen gut vier Prozent der Schüler eine Klasse. Es gibt eine gering aufsteigende Durchlässigkeit im gegliederten System und einen auch im Bundesvergleich hohen Wechsel von der Realschule in die Hauptschule. Erfreulicherweise haben wir aber auch eine hohe Quote an Realschülern, die später noch das Abitur machen können. Das ist sehr positiv. Die meisten Wiederholer gibt es an den Realschulen und den Hauptschulen des Landes Bremen.
- Insgesamt ist in den letzten drei Jahren zu beobachten, dass in der Mehrzahl der Schulen in der Sekundarstufe I in den so genannten sozialen Brennpunkten in Bremen und in Bremerhaven die Wiederholerquote in allen drei Bildungsgängen eine ansteigende Tendenz aufweist, und das ist schon eine Zahl, bei der man genau hinschauen sollte. Der Senat gibt an, dass die Ehrenrunden laut Bildungsressort rund acht Millionen Euro pro Jahr kosten, und der Senat räumt in der Vorlage ein, dass ihm die umstrittene Wirksamkeit von wiederholten Schuljahren bewusst ist. Die Wiederholerquote der Klasse vier am Übergang in die Orientierungsstufe liegt besonders hoch, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern.
- (B) Ich bezweifle, dass dieser Trend durch das neue Schulgesetz durchbrochen werden kann, wir haben gestern ja schon darüber gesprochen. Wenn man die Kinder künftig nach Klasse vier in die verschiedenen Schubladen aufteilt, werden sie falsch einsortiert, werden sie auch frustriert. Schularten wechseln müssen, und das ist keine Sache, die die Motivation von Schülerinnen und Schülern stärkt. Der Senat beschwört die Durchlässigkeit für das neue Schulsystem, und ich bin gespannt, wie er sie durchsetzen will.
- Wir Grünen sagen: Sitzenbleiben muss künftig die Ausnahme werden. Die Nichtversetzung soll zum außerordentlichen und dann klar begründeten Ausnahmefall werden. Wir brauchen intelligentere Lösungen, als wir sie bisher haben. Die bestehende Versetzungsordnung muss grundlegend verändert werden, und da sind wir in der Bildungsdeputation ja gerade in der Diskussion. Es gibt verschiedene Vorschläge, über die wir auch in der Debatte noch einmal sprechen können.
- Unsere Maxime lautet: fördern statt auslesen, Schluss mit der elenden Aussortierung! Strenge Versetzungskriterien gelten oft als Zeichen eines hochwertigen Unterrichts, das hat der Bildungssenator schon vor einigen Jahren in einer Pressemitteilung
- gesagt: „Viele Kinder werden nicht versetzt, das ist wohl ein Zeichen für die hohen Qualitätsanforderungen des bremischen Unterrichts an den Schulen.“ Aber wir sagen: Hohe Sitzenbleiberquoten sind kein Qualitätskriterium. Sie sind kein Qualitätsmerkmal, vielmehr weisen sie darauf hin, dass es einen Mangel an Qualität gibt. Die Forschung zeigt, dass das Sitzenbleiben die Leistung nicht fördert, sondern bremst, und oft gehören Wiederholer nach zwei Jahren wieder zu denjenigen, die mit Mühe Anschluss halten können. Sie erreichen kaum Kompetenzen. Im Schnitt erreichen sie nicht das mittlere Leistungsniveau der nachfolgenden Klasse.
- (C) Jetzt habe ich Ihnen zur Anschauung doch noch einmal einige prominente Sitzenbleiber mitgebracht. So ist Christian Wulff, der CDU-Ministerpräsident aus Niedersachsen, in der Klasse zehn hängen geblieben und hat gesagt, das hat mich nicht weitergebracht und gestärkt. Es hängt ganz stark von den Fragen ab: Gibt es eine Kultur des Scheiterns? Wie gehen Lehrer, wie gehen Eltern, wie gehen auch die Freunde mit dem Thema um? Er hat sich ganz kritisch dazu geäußert, und auch Harald Schmidt, der bekannte Late-Night-Master, ist in der zwölften Klasse sitzen geblieben, Albert Einstein hatte in Physik eine Vier und in Mathematik eine Fünf – auch ein Sitzenbleiberopfer seines Lehrers – dann Herr Stoiber und Frau Bulmahn, und auch sie hat gesagt, dass das Sitzenbleiben eine für sie nicht erfolgreiche Geschichte war, denn sie hat dabei viele Freundschaften verloren. Ob August Hagedorn, der uns hier in der Bürgerschaft so bekannte Mensch, sitzen geblieben ist, weiß ich nicht. Das weiß vielleicht Herr Weber.
- (D) (Abg. F o c k e [CDU]: Aber der ist doch bestimmt sitzen geblieben!)
- Sitzenbleiben bringt die Schülerinnen und Schüler nicht voran. Wir sagen: Wer zwei oder mehr Fünfen im Zeugnis hat, muss nicht automatisch sitzen bleiben und in allen Fächern das Schuljahr wiederholen. Das ist pädagogisch schlecht und auch teuer. Lehrer sollen sich verantwortlich für ihre Schüler fühlen. Der Chef der deutschen Grundschulstudie, Professor Dr. Wilfried Bos, hat darauf hingewiesen, dass rund 99 Prozent der Lehrer sagen, für die schlechten Lernergebnisse sind meine Schüler verantwortlich und nicht ich. Ich finde, dass das ein ziemlich starkes Stück ist. Natürlich muss sich doch auch der Lehrer fragen: Tue ich alles, damit meine Schüler das Lernziel erreichen? Daran muss noch ordentlich gearbeitet werden, auch von Lehrerseite!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Ein Schüler, der nicht versetzt wird, kostet allein 5000 Euro im Jahr. Dieses Geld wollen wir Grünen in Förderung umsteuern. Das kann man nicht von

(A) heute auf morgen machen, aber wir sagen, mittel- bis langfristig muss dieses Geld in ein wirksames Frühwarn- und Unterstützungssystem eingeschleust werden. Jeder Schüler muss Förderung erhalten, das kann nicht Privatsache der Eltern sein. Die Gymnasien im Land Bremen sind die Schulen mit den wenigsten Sitzenbleiberquoten, und woran liegt es? Die Eltern können die Nachhilfe bezahlen! Das ist die Schule mit der höchsten individuellen Förderung, weil viele Eltern die Nachhilfe bezahlen.

Allein eine Milliarde Euro wird in Deutschland jährlich für Nachhilfe ausgegeben. Das ist eine gigantische Summe, die Haushälter können wahrscheinlich noch viel besser beurteilen, wie sich das im Vergleich zum sonstigen bundesweiten Bildungshaushalt darstellt. Wir sagen: Eine bessere Förderung gelingt besonders in Ganztagschulen gut, die viel besser auf die Lernbedürfnisse des Einzelnen eingehen können und mehr Zeit bieten.

Förderung kann nicht allein auf vier oder zwölf Wochen im Jahr beschränkt werden. Wir fordern eine konsequente Förderung, wir fordern eine Förderung in der Schule, die sich durch die gesamte Stundentafel zieht. Damit könnte die Wiederholerquote deutlich gesenkt werden. In den skandinavischen Ländern gibt es zum Beispiel in solchen Fällen Zusatzunterricht. Es gibt Bremer Schulen, und das finde ich sehr positiv, die diese Förderung fest verankert haben. Die Paula-Modersohn-Schule in Bremerhaven bietet zum Beispiel jeden Nachmittag einen Hausaufgabenclub an, wo auch Schüler hingeschickt werden, die Probleme haben. Auch an der Schule Koblenzer Straße gibt es Hausaufgabenhilfe am Nachmittag. Es gibt Schulen, die Anti-Sitzenbleiberprojekte durchführen, wie das Schulzentrum Findorff, und es gibt eben auch Schulen in Bremerhaven, die einen Antrag gestellt haben, die künftig die Schüler in der Hauptschule auf Probe versetzen wollten. Der Magistrat in Bremerhaven hat dem nicht stattgegeben. Ich finde das sehr schade.

(B) Wir sagen, wer frühzeitig in die Förderung investiert, erspart sich teure und häufig wenig effektive Nachbesserung. Statt jeden zweiten Schüler in seiner Schulzeit mindestens einmal als Versager abzustempeln, wollen wir den Mädchen und Jungen frühzeitig helfen, ihre Schwächen auszubügeln. Das fördert die Motivation und bringt durchweg bessere Leistungen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt eine aktuelle Diskussion über die Versetzungsordnung, ich habe das eben schon angesprochen. Ich finde aber auch, dass es nicht sein kann, dass der DGB und der Grundschullehrerverband augenscheinlich nicht in das öffentliche Beteiligungsverfahren einbezogen werden. Ich bitte doch den Bildungssenator, darauf zu achten, dass selbstverständlich der Grundschullehrerverband zu der wich-

tigen Sache, wie künftig Zeugnisse in der Grundschule aussehen, eine Stellungnahme abgeben kann. Ich wünsche mir auch eine Stellungnahme der GEW zu den bestehenden Plänen des Senators. Ich denke, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, für die das Haus auch Sorge tragen sollte.

(C)

Wir sagen, dass es in der Grundschule künftig Lernentwicklungsberichte geben soll, und wir haben eine kritische Position zur Einführung der Ziffernoten in der Grundschule, meine Kolleginnen und Kollegen aus der Bildungsdeputation wissen das. Es stimmt, alle anderen Bundesländer haben Zensuren, aber Noten sind in ihrer Bedeutung höchst umstritten, sie sind nie gerecht, sie geben den Schülern eine Rückmeldung, wie stehst du eigentlich in der Klasse, und wie ist deine Zensur in der Größe der Klasse einzuordnen, und sie sind auch nicht motivationsfördernd. Die Schüler, die sehr gut sind und eine Eins bekommen, strengen sich nicht mehr ordentlich an, und die, die andauernd eine Vier oder Fünf bekommen, bekommen das Gefühl, dass sie einfach nicht die Lernziele erreichen.

Ich komme zum Schluss! Wir Grünen sagen: Sitzenbleiben sollte zur Ausnahme werden, es darf nicht mehr die Regel sein! Wenn es wirklich so ist, dass in Bremen 43 Prozent aller Schülerinnen und Schüler einmal in ihrer Schulkarriere eine Klasse wiederholen müssen, dann läuft hier im Schulsystem etwas ganz mächtig falsch, und da müssen Veränderungen ansetzen. Schluss mit der Sortiererei, mehr Geld für individuelle Förderung! – Danke!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Herr Senator Lemke hat uns heute frühzeitig mitgeteilt, dass er heute Mittag einen wichtigen Termin, der außerhalb stattfindet, wahrnehmen möchte und muss, und deshalb bittet er, schon jetzt seinen Redebeitrag abliefern zu dürfen. Dem möchte ich gern stattgeben.

Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank! Es ist ein sehr wichtiger Termin, es ist nämlich die Unterzeichnung des Ausbildungspaktes hier in Bremen, den ich gemeinsam mit der Kollegin Röpke gleich um 11.30 Uhr wahrzunehmen habe. Deshalb habe ich darum gebeten, zu diesem sehr wichtigen Thema auch persönlich Stellung nehmen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass dieses Thema der frühestmöglichen Förderung elementar wichtig ist, und das beginnt nicht erst in der Schule, sondern das beginnt in klarer Weise bereits im Elementarbereich, dass wir hier zu einer verbesser-

(A) ten Ausgangssituation gerade für die Kinder kommen müssen, die nicht aus bildungsfreundlichen Familien kommen, denn diese haben ansonsten von vornherein, vom ersten Tag an nicht die Chancen, die die anderen Kinder haben, die aus einem Bildungshintergrund kommen. Daher ist es völlig klar, dass wir bereits im Elementarbereich beginnen müssen.

Die eigenen Statistiken, und das wurde ja von Frau Stahmann zitiert, belegen, dass wir viel zu hohe Sitzbleiberquoten in Bremen haben. Ich war zunächst erschrocken, als ich das vor drei, vier Jahren erfahren habe. Alle entsprechenden Untersuchungen aber, die uns jetzt vorliegen, von Pisa über Iglu, belegen ganz nachdrücklich, dass wir hier in einer Schiefelage sind. Diese Schiefelage kann ich als Bildungssenator trotz der für mich trotz der Querelen erfolgreich laufenden Haushaltsberatungen nicht akzeptieren, denn in der Tat ist es für Bildung und Wissenschaft ein Erfolg, wenn wir die Quoten zu den vergangenen Jahren, wenn auch nur ein bisschen, senken konnten, so sehe ich das doch als Erfolg. Deshalb kann nicht die Frage sein, mehr Geld in das System zu geben, sondern: Wie gehen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln besser um? Mehr Geld werden wir in den nächsten zwei Jahren nicht zur Verfügung haben. Ich bin ja dankbar, wenn wir jetzt dieses Geld so gut wie möglich umsetzen. Das will ich Ihnen an einem konkreten Beispiel so verdeutlichen, dass ich ganz sicher bin, dass wir, wenn wir diesen Weg weiter einschlagen, in den nächsten Jahren zu deutlich besseren Ergebnissen kommen.

(B) Den Bildungsdeputierten erzähle ich jetzt eine ihnen bekannte Geschichte, aber ich will es dem Haus berichten, wie erfolgreich wir die Leseintensivkurse in der ersten Klasse durchführen. Alle Kinder in Bremen, die in oder nach der ersten Klasse nicht ordentlich lesen gelernt haben – nach unseren herkömmlichen Benotungen, ich weiß, das wird von Teilen des Hauses nicht gern gehört, fünf und sechs, da weiß jeder, was gemeint ist –, die also nach der ersten Klasse überhaupt nichts vom Lesen mitbekommen haben, geben wir in Kleinstgruppenförderung, sechs Schüler pro Sonderschulpädagogin, und nehmen sie aus ihrem Klassenverband heraus. Ich habe da zunächst einen erheblichen Protest aus den Grundschulen erfahren. Das sei unmöglich, man würde die Kinder entwurzeln, sie würden sich in den Klassenverbänden nicht wieder zurechtfinden.

Alles das, was wir an Bedenken gehört haben, hat sich genau andersherum dargestellt. Von 440 Schülerinnen und Schülern, Siebenjährigen, haben drei Kinder nach diesen zehn Wochen nicht erhebliche Lernfortschritte gemacht, und erhebliche Lernfortschritte heißt nach diesen zehn Wochen mindestens zwei Zensuren besser. Das heißt, sie sind, wenn Sie so wollen, stolz wie Oscar zurück in ihre Stammklasse gegangen und haben gesagt, ich kann auch

lesen, ich bin nicht die Doofbacke von nebenan, der, der hinter der Klasse hinterherläuft, sondern ich bin wieder im Zug, ich bin mit euch wieder zusammen. Eine wunderbare Erfahrung, eigentlich mit die schönste Erfahrung, die ich in diesen fünf Jahren in meinen Ressorts gemacht habe!

Wenn wir von 440 Kindern nur drei nicht fördern konnten, weil sie ganz besondere Probleme hatten – da werden wir natürlich auch nicht locker lassen –, verdeutlicht Ihnen dieses Beispiel den Erfolg dessen, was Sie auch, glaube ich, wahrscheinlich meinen, wenn Sie sagen, wir müssen individuell fördern.

Ich war am Anfang ganz erschrocken über die soziale Kopplung nach Pisa und habe gesagt: Wie kann das angehen, wenn wir zehn Millionen Euro – damals waren es noch 20 Millionen DM, als wir das so mit der Gießkanne über die Schulen in benachteiligter Lage verteilt haben – in die Schulen geben, dass wir das schlechteste Bundesland sind, was die soziale Kopplung angeht? Das kann ich nicht so stehen lassen. Hier haben wir einen unglaublichen Handlungsbedarf.

Jetzt, da wir gezielt umsteuern und sagen, nein, nein, wir geben es euch nicht mit der Gießkanne, sondern wir geben es nur ganz gezielt in Maßnahmen, nennt uns eure Maßnahmen, in denen ihr Kinder gezielt fördert, und wir geben euch das Geld, stellen wir trotz des anfänglichen Protestes plötzlich fest, die Kinder werden gezielt gefördert. Ich garantiere Ihnen, alles spricht dafür, dass, wenn wir diesen Weg weiter gehen, wir auch weiter Erfolg haben werden. Frau Stahmann hat gesagt, sie hätte ja erfahren, wir hätten jetzt verschiedene Programme am Laufen. Im nächsten Jahr in den Osterferien werden wir für diejenigen, die nach einem Halbjahr entsprechende blaue Briefe, hieß es früher, bekommen haben, entsprechende Ferienprogramme machen, in den Osterferien und in den Sommerferien, um denen verstärkt die Möglichkeit zu geben, dass sie doch nicht sitzen bleiben.

Sie haben Recht, meistens sind es wenige Fächer, in denen speziell nachgebessert werden muss. Darüber muss man so früh wie möglich kommunizieren, und zwar nicht nur mit den betreffenden Schülerinnen und Schülern, sondern auch sehr intensiv mit dem Elternhaus. Alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen wissen, wie schwierig es ist, die Eltern in diesen Prozess einzubeziehen, aber da dürfen wir nicht nachlassen, die Lehrerinnen und Lehrer mit all unseren Möglichkeiten zu unterstützen, die manchmal begrenzt sind, das gebe ich auch zu. Sie wissen alle, dass es einmal ein Wunsch von mir war, bis hin zum Entzug des Kindergeldes, da konnte ich mich leider rechtlich nicht durchsetzen, weil das juristisch, so ist es uns ja widergespiegelt worden, nicht möglich ist. Es nützt nichts, wenn ich Bußgelder ausstelle, die dann anschließend nicht bezahlt werden, weil man sich nicht darum kümmert, wenn entsprechende Bußgeldbescheide kommen.

(C)

(D)

(A) Wir müssen aber auch diese Eltern als Staat erreichen, weil es um die Kinder geht. Die Kinder können nichts dafür, dass ihre Eltern in Sozialhilfesituationen leben. Ich will verhindern, dass die Generation derjenigen Kinder, die sagen, meine Eltern sind Sozialhilfeempfänger, das werde ich auch, und das ist ja leider in bestimmten Stadtteilen zu beobachten, dies tut. Diesem Trend müssen wir als Bildungspolitiker unbedingt entgegenarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass das, was wir initiiert haben – ich bin übrigens den beiden Fraktionsvorsitzenden dankbar, mit denen wir diese Problematik ja sehr intensiv diskutiert haben –, da gegensteuert. Wir steuern mit ganz gezielten Maßnahmen, die umsetzen sollen, dass weniger Jugendliche und Kinder sitzen bleiben sollen, weiter gegen diese Problematik. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, dass wir schon in den Grundschulen sitzen bleiben können. Als ich den Dienst hier aufgenommen habe, bin ich davon ausgegangen, dass man in den Grundschulen in Bremen überhaupt nicht wiederholen kann. Pustekuchen, selbst in den Grundschulen haben wir die höchste Verweildauer! Das kann so, denke ich, nicht weitergehen!

(B) Mit gezielten Programmen werden, Frau Stahmann, Sie haben hier so zwei, drei Schulen genannt, die Wiederholerprojekte durchgeführt. Wir haben das flächendeckend allen Schulen mit entsprechenden Programmen angeboten, nicht mit der Gießkanne. Jede einzelne Schule muss uns sagen, wofür sie das Geld ausgeben will. Wenn sie sagen, hier haben wir eine Referendarin oder einen Studenten, und der macht am Nachmittag zwei Stunden Hausaufgabenbetreuung oder andere Bereiche, so machen wir das! Wir haben gerade in diesen Tagen allen Schulen wieder einen Brief geschrieben. Nach der Haushaltsbeschlusslage von gestern können wir all diese gut laufenden Profile, diese Förderprojekte, alle Maßnahmen, die wir damals mit dem 20-Millionen-DM-Programm dank Ihrer Beschlusslage auf den Weg gebracht haben, jetzt weiterhin fortsetzen. Die Schulen warten darauf, sie bekommen jetzt nach der Beschlusslage ihre Informationen, und das ist genau das, was wir machen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin Ihrer Auffassung, wir müssen so früh wie möglich informieren, die Kinder in diesen Prozess mit einbeziehen. Es kann nicht angehen, dass die Kinder sagen: Okay, Sitzenbleiben gibt es ja nicht mehr, es wird in Bremen abgeschafft. Nein, meine Damen und Herren, Sitzenbleiben wird nicht abgeschafft! Leistungen und Leistungsbereitschaft stehen an erster Stelle, natürlich mit der entsprechenden Freude, gar keine Frage. Ich will nicht mit entsprechenden Zeugnissen drohen, nein, nein, aber ich will, dass die Kinder über ihre Lernentwicklung Bescheid wissen.

Über die Lernentwicklung sollen auch die Elternhäuser informiert werden.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Nicht Pustekuchen, es interessiert mich nicht, ob mein Kind zur Schule geht oder nicht! Die Eltern müssen darüber informiert werden, ob die Kinder mit Freude zur Schule gehen und ob ihre Lernfortschritte auch entsprechend sind, damit sie dann, wenn sie nach der zehnten Klasse in den Ausbildungsbereich hineinkommen, leistungsbereit sind, entsprechend in der Schule ausgebildet wurden und auch Chancen auf dem Ausbildungsmarkt bekommen. Dafür stehen wir ein, und dafür bitte ich jetzt um Dispens, dass ich mit meiner Kollegin hinübergehe, um genau diesen Ausbildungspakt, der für unsere Jugendlichen so wichtig ist, zu unterzeichnen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist noch nicht lange her, da forderten zumindest zwei Fraktionen in diesem Haus, dass das Sitzenbleiben doch ersatzlos abgeschafft werden solle. Wir als CDU-Fraktion sind froh, dass wir uns mit unserer Position durchsetzen konnten. Es wird auch in Bremen in Zukunft Sitzenbleiben geben. Ich werde Ihnen gleich ausführlich begründen, warum wir froh sind, dass es dies in Bremen auch weiterhin als Ultima Ratio geben wird.

(D)

Der Senator hat, er ist verschwunden, über Leistungen gesprochen.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Das kommt jetzt nicht überraschend!)

Nein, das kommt nicht überraschend! Ich hatte gehofft, er würde diese Worte noch mitnehmen, aber der Staatsrat wird es ihm hoffentlich berichten, oder er wird es im Plenarprotokoll nachlesen.

Senator Lemke ist mit seiner dreifachen Leistung – Leistung, Leistung, Leistung! – 1999 ins Amt gestartet. Leistung an Bremer Schulen gab es aber zu dem Zeitpunkt kaum, auf jeden Fall wurde sie nicht honoriert, sie wurde nicht gemessen, Beliebigkeit war damals angesagt.

(Abg. Frau **W i e d e m e y e r** [SPD]: Quatsch!)

Zwischenzeitlich haben wir es mit Vergleichsarbeiten, mit Leistungsstandards erreicht, dass wir wie-

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

(A) der Leistung haben. Frau Hövelmann, wenn Sie sagen, das ist Quatsch – –.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ich habe gar nichts gesagt! – Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Das mit dem Quatsch war ich! – Abg. F o c k e [CDU]: Das ist ja noch schlimmer!)

Frau Kollegin Wiedemeyer, ich bitte, das zu entschuldigen! Die Pisa-Studie hat Bremen bescheinigt, dass wir ein Leistungsproblem hatten, und dieses arbeiten wir ja gemeinsam auf. Wenn man Leistung an den Schulen verlangt, wenn man Leistung honorieren will, wenn man Leistung definiert, dann muss man Leistung auch so bemessen, dass, wenn Schüler das Leistungsziel nicht erreichen und auch auf absehbare Zeit nicht erreichen werden, sie dann ein Jahr wiederholen, weil es nicht verantwortbar ist, dass man sie automatisch vorrücken und so die Leistungsdefizite ins Unermessliche anwachsen lässt. Darum sind wir froh, dass wir das Sitzenbleiben als Ultima Ratio auch weiterhin in Bremen haben,

(Beifall bei der CDU)

(B) nicht als Strafe, sondern als Schutz und Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler, damit diese am Ende bei der zentralen Abschlussprüfung, die es geben wird, auch eine Chance haben, diese zentralen Abschlussprüfungen zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Bremen hat unbestritten die höchsten Sitzenbleiberquoten, und das ist schlecht!

(Zurufe von der SPD)

Diese Sitzenbleiberquoten müssen wir senken, aber wir dürfen dafür doch nicht die Leistungshürden senken, sondern, und das ist schon angesprochen worden, wir müssen die Schüler in Zukunft besser fördern. Diese Förderung, und da gibt es einen Konsens zwischen allen drei Fraktionen, muss frühzeitig ansetzen.

Wir haben hier als CDU-Fraktion zu der Zeugnis- und Versetzungsordnung einen Vorschlag, abgestimmt mit dem Zentralen Elternbeirat, eingebracht, dass in Zukunft zum Beispiel die Eltern und die Schüler früh informiert werden und dass es dann entsprechend früh schulische Förderangebote geben wird. Herr Senator Lemke hat das hier eben mit den Osterferien angesprochen. Dies wird Geld kosten, aber wir sparen es ja auf der anderen Seite. Frau Stahmann hat die Zahl gesagt, 5000 Euro kostet ein Schüler pro Jahr, der wiederholt. Solche Fördermaßnahmen in den Ferien kosten deutlich weniger. Die Zahlen, die wir, Herr Böhrnsen und Herr Kastendiek, gemeinsam in unserem Gespräch im Februar erbeten haben, liegen uns zwar leider immer noch

nicht vor, aber das ist eine einfache Rechnung, dass eine kurze Förderung viel günstiger ist als eine ganzjährige Jahreswiederholung.

(C)

Wir haben hier vielleicht auch ein Umsteuern bei einigen Lehrern. Frau Stahmann hat von einer Kultur des Scheiterns gesprochen. Es kann keine Kultur des Scheiterns sein, wenn wir Schüler besser fördern und ihnen Förderangebote und Nachprüfungs-termine geben. Sie haben leider nicht auf die Nachprüfungsverordnung, die wir hier ja schon seit einigen Jahren haben, hingewiesen. Auch dadurch kann ein Schüler, wenn er nur in einem oder in zwei Fächern entsprechend mangelhafte Leistungen hat, es vermeiden, dass er ein Jahr wiederholen muss.

Mit der so genannten Sommerschule wollen wir das Ziel erreichen, diese Nachprüfung besser vorzubereiten, indem der Schüler in den Ferien das freiwillige Angebot wahrnehmen kann, in den Ferien auch noch einmal einen Förderunterricht zu besuchen. Er hat die Wahl, ob er drei Wochen irgendwo an das Mittelmeer oder an die Nordsee fährt oder ob er drei Wochen entsprechend schulisch nacharbeiten möchte. Die Alternative ist einfach. Die Alternative ist, entweder schafft er die Nachprüfung und rückt dann entsprechend vor, oder er wiederholt ein Schuljahr. Diese Möglichkeiten werden dann aber auch von der Stadt und vom Land entsprechend angeboten.

Darum haben wir dann keine Kultur des Scheiterns mehr, weil wir ein Frühwarnsystem installieren und sogar so weit führen, dass, wenn ein Schüler früh gewarnt wird – das steht so im Entwurf der Zeugnis- und Versetzungsordnung – und die Schule aber nicht die entsprechende Förderung und die entsprechende Frühwarnung hat, der Schüler den Anspruch hat, entsprechend vorzurücken. Das heißt, die Verantwortlichkeit liegt hier auch nicht beim Schüler, sondern bei der Schule. Die Lehrer sind in Zukunft dafür verantwortlich, die Schüler und die Eltern darauf hinzuweisen und natürlich auch ein entsprechendes Förderangebot aufzuzeigen. Dies funktioniert in Ganztagschulen, funktioniert aber auch in Halbtagschulen, Frau Kollegin Stahmann. Dies nur auf Ganztagschulen zu schieben wäre etwas sehr einfach.

(D)

Wir haben einen Spitzenplatz bei den Wiederholern,

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Was hat er nur gegen Ganztagschulen?)

wir müssen in Zukunft aber einen Spitzenplatz im Bildungssystem der Bundesrepublik erreichen, indem wir Leistung definieren, meine Damen und Herren, und dass wir die Leistung dann auch entsprechend vermitteln. Der Streit um die Einführung von Zeugnissen ab Klasse drei ist hier nur ein kleines Beispiel. Es kann doch nicht sein, dass es in diesem Land tatsächlich Leute gibt, die in einem ge-

(A) wählten Vorstand eines Organs sind und sagen, ja, die große Mehrheit der Eltern ist dafür, dass die Kinder ab Klasse drei ein Ziffernzeugnis bekommen, aber wir wollen sie davor schützen, weil sie nicht wissen, was sie tun, meine Damen und Herren. Auf diesen falschen Zug sollte hier im Haus auch keiner politisch aufspringen!

Eltern haben ein Recht darauf, über die Lernentwicklung des Kindes informiert zu werden. Eltern haben genauso ein Recht darauf, am Ende eines Jahrgangs neben der Lernentwicklung auch einen Leistungsstand des Kindes zu erfahren, im Vergleich zu den anderen Kindern in der Klasse. Das funktioniert am besten mit einem Ziffernzeugnis, und darum werden wir auch dafür genauso eintreten, meine Damen und Herren!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es wird auch nicht richtiger, wenn man es immer wieder wiederholt!)

Wir haben Maßnahmen begonnen, wir sind im Prozess. Das Beteiligungsverfahren für die neue Zeugnis- und Versetzungsordnung läuft noch bis September, sie wird zum kommenden Schuljahr in Kraft treten. Mit diesen Maßnahmen, die darin beschrieben sind, machen wir einen großen Sprung, weg von einer Kultur des Scheiterns, wie sie vielleicht an einigen Schulen vorhanden ist, auf jeden Fall weg vom Wegschieben von Verantwortung durch die Lehrer. Lehrer sind in Zukunft verantwortlich, sie müssen anhand der Angabe einzelner Punkte im Lehrplan begründen, warum ein Schüler eine mangelhafte oder ungenügende Leistung im Zeugnis stehen haben soll. Wenn er das nicht begründen kann, dann kann der Lehrer zukünftig auch keine mangelhafte oder ungenügende Leistung entsprechend benoten, also keine Fünf oder Sechs. Das heißt, der Lehrer ist in Zukunft dafür verantwortlich, dass die Schüler besser gefördert werden.

(B)

Dies ist ein Prozess, den wir ganz positiv begleiten werden, weil ich glaube, dass wir hier dann wirklich von dem wegkommen, was wir im alten Bremer Schulsystem an Beliebigkeit hatten, an definierten Standards entlanggehen werden und für alle nachvollziehbar auch in Zukunft Leistung benoten können. Durch die Fördermaßnahmen, die wir dadurch zusätzlich einführen, werden wir die Zahl der Wiederholer senken, gleichzeitig aber nicht die Leistungsstandards aufweichen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, als Sie

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

fertig waren, habe ich zu meinem Kollegen Herrn Pietrzok gesagt, was könnte Bildungspolitik schön sein, und wie könnte es Spaß machen, wenn man sozusagen mit wechselnden Mehrheiten dem Verstand und den wissenschaftlichen Erkenntnissen folgend agieren könnte! Sie wissen, ich mache mit Herz und Leidenschaft Bildungspolitik, und Sie haben mir in großen Teilen aus dem Herzen gesprochen, und das wollte ich hier auch in aller Deutlichkeit so sagen!

(C)

(Beifall bei der SPD – Abg. B ö d e k e r [CDU]: Das kann man auch lernresistent nennen!)

Als mein Kollege Herr Rohmeyer gesprochen hat, Herr Präsident, meine Damen und Herren, habe ich am Anfang gedacht, manches wird auch nicht vernünftiger und wissenschaftlich abgesicherter oder besser, wenn man es ständig wiederholt.

(Beifall bei der SPD)

Dann hat er mich mit seinen Aussagen zu dem Programm, das wir gemeinsam beraten haben, das ich natürlich gemeinsam mit Herrn Rohmeyer und auch mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trage, wieder versöhnt, und ich weiß, Herr Rohmeyer, wir sind auf dem richtigen Weg, und wir werden andere Punkte, die zwischen uns noch zu Diskussionen führen, auch klären können. Ich möchte hier an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen, dass die SPD-Fraktion für Leistungsorientierung steht, und sie ist abschlussorientiert. Wir sind dafür, dass die Abschlüsse nicht nur erreicht, sondern auch gemacht werden, und wir sind uns unserer Verantwortung in dieser Hinsicht sehr bewusst.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie jetzt in Deutschland auf der Straße eine Umfrage machen und sagen, stellen Sie sich vor, einer hat drei Fünfen und eine Sechs – ich will hier einmal richtig dick auftragen –, kann man den versetzen, dann wird Ihnen von, sage ich einmal, 70 Prozent der Bevölkerung die Antwort entgegenschallen, nein, natürlich nicht, der muss sitzen bleiben! Das war schon immer so, und die Bevölkerung ist in die Debatte ja auch nicht so vertieft, dass sie sagt, es ist möglicherweise unvernünftig, so zu agieren. Sitzenbleiben hat einen finanziellen und einen pädagogischen Aspekt, das ist hier deutlich gesagt worden. Das Sitzenbleiben ist sehr teuer, auch das ist hier angesprochen worden, acht bis zehn Millionen Euro pro Jahr.

Jetzt habe ich noch einen kleinen Punkt, den Sie mir noch übrig gelassen haben: 0,3 Millionen Euro Sachkosten entstehen in Bremen durch Sitzenbleiben. Das ist eine Größe, über die man natürlich dis-

(A) kutieren muss. Deshalb bin ich froh, dass wir den Weg gehen, dass wir ein Frühwarnsystem aufbauen, dass wir frühzeitig informieren, rückkoppeln, nachprüfbar transparent bewerten und die Eltern mit einbeziehen. Die Lehrkräfte tragen selbstverständlich Verantwortung, aber natürlich haben auch die Schülerinnen und Schüler die Verantwortung, sich anzustrengen und keine Konsumentenhaltung zu entwickeln, sondern ebenfalls ihre Leistungsbereitschaft nicht nur zu zeigen, sondern Leistung auch, um es in der Schülersprache zu sagen, als cool zu empfinden.

Ich habe Schülern einmal ein Beispiel erzählt – ich hätte fast ein Beispiel aus dem Fußballbereich gebracht, aber auf das Feld traue ich mich nicht, das könnte falsch verstanden werden –, wenn bei der anstehenden Tour de France Armstrong sagen würde, alles darf passieren, aber um Gottes willen bloß nicht gewinnen! Den Schülerinnen und Schülern wird an diesem Beispiel klar, wie absurd es ist, wenn man sich nicht anstrengt und nicht der Beste werden will. Der Beste zu sein ist nicht etwas, was einem peinlich sein muss, sondern das ist etwas, auf das man stolz sein kann. Deshalb wünsche ich mir auch, dass in den Schulen auf sehr gute Leistungen verstärkt öffentlich hingewiesen wird.

(B) Uns passiert es ja, dass wir Schulen besuchen, um dann in den Klassen zu gratulieren, weil man bei „Jugend forscht“ – ich spreche jetzt übrigens nicht von diesem sehr engen Ansatz, den Sie uns mit den Vergleichsarbeiten vorgelegt haben, sondern ich mache in diesem Beispiel schon deutlich, dass man das breiter machen muss, die Debatte, wie wir da einen vernünftigen Weg finden, werden wir ja noch führen – hervorragende Ergebnisse erzielt hat und ich in der Klasse, mit der ich diskutiere, frage, wie findet ihr das denn, dass eure Schulkameraden das und das erreichen, dann wissen sie es gar nicht. Das ist schlecht, und man muss das auch in die Schulen spiegeln, dass es gut ist, wenn man gute Leistungen erzielt, dass man darauf auch stolz sein kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme in diesem Zusammenhang natürlich auch auf die Frage der leidigen Ziffernzeugnisse. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn in der Bevölkerung gesagt wird, wir haben immer eine Eins, Zwei, Drei, Vier, Fünf, da weiß man, was man hat, und eine Sechs ist ganz schlecht, dann darf das nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Pisa hat uns gelehrt, dass unsere Diagnose- und Beurteilungsfähigkeit wirklich nicht so überzeugend ist, dass wir darauf stolz sein können. Kinder und Jugendliche werden aus unterschiedlichen Blickwinkeln von verschiedenen Lehrkräften unterschiedlich eingeordnet, und darüber werden Chancen verteilt.

Ich halte es für vollkommen richtig, dass Eltern frühzeitig verbindlich in die Informationen einbezogen

werden, und es gibt ein individuelles Förderprogramm in den Ferien, das auch verbindlich sein muss, da muss man also eine Entscheidung treffen, möchte ich versetzt werden, oder möchte ich lieber mit den Eltern in den Urlaub fahren, oder möchte ich mir am Nachmittag lieber dauernd den schwerpunktmäßigen Schrott auf den privaten Programmen hineinziehen und mich damit bei Pisa locker von Platz 27 auf Platz 31 hinunterbuchstabieren? Eltern müssen frühzeitig informiert werden, aber es muss ihnen auch gesagt werden, welche individuellen Fortschritte die Kinder gemacht haben. Es muss ihnen gesagt werden, wie die individuelle Förderung und Anstrengungsbereitschaft bei den Kindern in Gang gesetzt werden kann. Das passiert über Ziffernzeugnisse nicht.

Ich werde mich aber nicht, Herr Kollege Rohmeyer, auf so einen Pillepalle weiter einlassen!

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das ist aber sehr großzügig von Ihnen!)

Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, um Sitzenbleiben spürbar zu reduzieren. Die Zahlen in der Stadtgemeinde Bremen – in Bremerhaven leider noch nicht so – sprechen auch dafür. Kollegin Stahmann hat darauf hingewiesen, dass die Übergangsquote von der Realschule ins Gymnasium überdurchschnittlich hoch ist.

(D) Vielleicht zum Abschluss noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Auch in Bayern ist ja die Sitzenbleiberquote leider sehr hoch. Von daher würde ich doch empfehlen, dass wir diesen eindimensionalen Blick etwas weiten, denn ich weiß, dass auch in Bayern intensiv daran gearbeitet wird, dies zu verändern, und auch sie gehen den Weg der individuellen Förderung.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Das machen wir doch auch! Was soll das denn?)

Das heißt also abschließend, meine Damen und Herren, entscheidend ist die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, das ist der beste Garant für Spitzenleistungen.

(Beifall bei der SPD)

Sitzenbleiben ist frustrierend, teuer, nützt wenig, das hat der Senat ja auch gesagt, das ist ein Fortschritt. Also kurz: Sitzenbleiben ist out, frühzeitige Information, individuelle Förderung, Anstrengungsbereitschaft ist das Modell der Zukunft, und Bremen ist hier auf einem guten Weg. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)]

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, soll Ihre Aussage in Bezug auf das Sitzenbleiben von Herrn Wulff und anderen Politikern etwa bedeuten, man kann ruhig blöd sein, man muss nur in die Politik gehen können, um da Minister oder Ministerpräsident zu werden, obwohl viele Menschen bei der betriebenen rot-grünen Chaospolitik wohl diese Aussage teilen würden?

Frau Hövelmann, wissen Sie, wofür Ihre SPD steht? Sie steht für Sozialabbau und sozialpolitisches Desaster im Land Bremen, und sonst gar nichts! Die Zahlen und Fakten belegen das eindeutig!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ich finde Sie ziemlich anstrengend!)

Bekannterweise nimmt Bremen schon seit Jahren beim Sitzenbleiben in der Schule bundesweit einen erschreckenden Spitzenplatz ein. Es ist schon verwunderlich, dass Bremen überhaupt bundesweit einmal einen Spitzenplatz belegt, aber auf diesen Spitzenplatz können Sie und insbesondere Herr Senator Lemke nicht gerade besonders stolz sein. Die Pisa-Studie, die Iglu-Studie – und jetzt auch noch dieser traurige Spitzenrekord ausgerechnet im Bildungsbereich – dokumentieren eindeutig die katastrophale Bankrotterklärung einer über Jahrzehnte gescheiterten SPD-Bildungspolitik.

(B) Nirgendwo wiederholen so viele Grundschüler ein Schuljahr wie bei uns in Bremen. Das geht aus einer Erhebung der Kultusministerkonferenz deutlich hervor. Danach drehen 3,5 Prozent in der Grundschule eine freiwillige Ehrenrunde, fast doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt, der nach KMK-Angaben bei nur 1,8 Prozent liegt. Wenn das kein Skandal ist, dann weiß ich wirklich nicht mehr, was überhaupt noch ein Skandal ist!

Dafür trägt auch Herr Senator Lemke die Verantwortung, denn trotz seiner großartigen und vollmundigen Ankündigungen nach der erschreckenden Pisa-Studie ist meines Erachtens nichts passiert. Hier fragen sich doch viele Bürger, besonders Eltern, zu Recht: Wann endlich hört die Klugschnackerei der politisch Verantwortlichen und die ewig andauernde Schuldzuweisung an andere auf? Wann endlich stellen sich die politisch Verantwortlichen ihren jahrzehntelang begangenen Fehlern?

Meine Damen und Herren, Sie haben eindeutig versagt und tragen die Verantwortung für dieses bremische Bildungsdesaster. Ich habe im Namen der Deutschen Volksunion schon des Öfteren darauf hingewiesen, dass das nicht bewusste Erkennenwollen der gesellschaftlichen Probleme im Zusammenleben unserer multikulturellen Gesellschaft das Problem ist, es ist die Ursache für das Ergebnis dieser Iglu-Studie und andere traurige Rekorde, wo Sie einen Spitzenplatz belegen.

(C) Meine Damen und Herren, wer von den verantwortlichen Entscheidungsträgern hat sich denn jemals darüber Gedanken gemacht oder darum gekümmert, ob die ausländischen schulpflichtigen Kinder überhaupt die deutsche Sprache beherrschen? Im Gegenteil! Als ich hier vor Jahren einen dementsprechenden Antrag gestellt habe, haben Sie diesen wichtigen Antrag auf Kosten unserer Kinder einheitlich und scheinheilig abgelehnt.

Nun stehen Sie heute vor Ihrem eigenen zu verantwortenden Scherbenhaufen Ihrer Bildungspolitik. Hinzu kommt noch das große Problem, dass immer mehr Schüler überhaupt keinen Abschluss machen. Es ist damit zu rechnen, dass in diesem Jahr in Deutschland zirka 85 000 Hauptschüler ihre Schulen ohne bestandene Abschlussprüfung verlassen werden. Damit ist auch in Bremen die Sozialhilfe vorprogrammiert. Herr Senator Lemke hat das hier ja vorhin schon angedeutet.

Mit Ihrer verfehlten Politik treiben Sie unsere Jugendlichen unweigerlich und rücksichtslos in die Arbeitslosigkeit und damit in die Sozialhilfe. Diese Tatsache ist eine Schande sondergleichen. Es ist ja auch kein Wunder, denn laut Aussagen von Fachleuten der Suchtprävention konsumieren sogar schon elfjährige Schüler täglich Haschisch oder andere Drogen. Mindestens jeder zehnte Schüler, die Dunkelziffer liegt da weitaus höher, greift zu Drogen. Man behauptet sogar, und jetzt sollten Sie genau zuhören, dass es hier in Bremen kein Zentrum der Sekundarstufe I gibt, an dem nicht gedealt wird. Dass es sich nachweislich hauptsächlich um ausländische Drogendealer handelt, brauche ich ja nicht extra zu erwähnen. Das ist ja nachgewiesen.

(Unruhe)

(D) Meine Damen und Herren, die Anzeichen wie zum Beispiel der Verlust des Kurzzeitgedächtnisses, Schläfrigkeit, Unkonzentriertheit und starker Leistungsabfall werden oft nicht vom Lehrer erkannt oder einfach ignoriert. Viele Klassenlehrer schieben das Problem häufig beiseite. Das sind aber im verstärkten Maße die Hauptgründe des Sitzenbleibens. Meine Damen und Herren, da wundern Sie sich noch über diesen traurigen Rekord an Bremer Schulen? Also, ich nicht mehr! Diese erschreckenden Rekorde, man kann ja schon Rekorde sagen, Ihres politischen Versagens und die Ignoranz der Lehrer sind unerträglich.

Hier fordere ich Sie im Namen der Deutschen Volksunion dringend auf: Schaffen Sie, aber aller schnellstens, an unseren Schulen ein soziales, sauberes, gewaltfreies, diszipliniertes und drogenfreies Umfeld, damit unsere Kinder, unsere Zukunft, wieder chancengleich und bildungsgerecht etwas für ihre Zukunft lernen können, ja, damit sie überhaupt wieder etwas lernen können! Machen Sie aus unseren Schulen wieder einen Ort des Lernens, des Wis-

(A) sens und der Bildung, und das mit den wichtigen Moralwertvorstellungen wie zum Beispiel Sauberkeit, Achtung, Ordnung, Respekt und Disziplin!

Ihre Achtundsechziger-Bildungspolitik ist dafür verantwortlich, dass unsere Kinder und Jugendlichen gerade in Bremen verstärkt sitzen bleiben, dass unsere Jugendlichen keine Zukunft mehr haben, dass jegliche Moralwertvorstellungen abhanden gekommen sind, dass Gewalt und Drogenhandel in Schulen ins Unermessliche ausufern und so weiter. Bei einem solchen katastrophalen Umfeld und bei Ihrer Bildungspolitik brauchen Sie sich über ein solches bremisches Bildungsdesaster nicht zu wundern. Unsere Schulen sind durch Ihre Achtundsechziger-Bildungspolitik zu einem Ort des Schreckens und des Grauens verkommen. In einem solch grauenhaften und erbärmlichen Umfeld können unsere Kinder nichts lernen, das ist unmöglich. Ihre Achtundsechziger-Bildungspolitik ist auf Kosten und zu Lasten der Zukunft unserer Kinder gescheitert.

Meine Damen und Herren, Lehrer berichten ja vielfach, dass bis hinein in die höheren Klassen sie teilweise sogar Analphabeten unterrichten müssen. Das ist kein Zustand, das ist ein bildungspolitisches Desaster. Bei Ihrer Bremer Bildungspolitik ist es ja fast schon so weit, dass bayerische Erstklässler die Abiturarbeiten der Bremer Abiturienten korrigieren müssen. Also, meine Damen und Herren, arbeiten Sie schnellstens ein gemeinsames Bildungskonzept für Kindergärten und Schulen mit den von mir eben genannten Wertvorstellungen aus! Dann, aber auch nur dann werden Sie endlich einmal Ihrer politischen Verantwortung gegenüber unseren Kindern gerecht. Dann hätten Sie auch nicht so einen traurigen und erschreckenden Rekord des Sitzenbleibens in Bremen politisch zu verantworten.

Meine Damen und Herren, etablierte Politiker reden viel über mehr Kinderfreundlichkeit, über mehr Bildung, über mehr Wissen und so weiter, bringen sie aber nicht auf den Weg. Begreifen Sie doch endlich, nicht Sie, sondern unsere Kinder sind die Zukunft, und die haben eine solche Bremer Politik, ein Bildungsdesaster nicht verdient! Sie haben es erst recht nicht verdient, dass sie durch Ihre skandalöse Bildungspolitik rücksichtslos, skrupellos und unweigerlich in die Sozialhilfe getrieben werden. – Ich bedanke mich!

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Tittmann, als Sprecherin der Bildungsdeputation und im Namen meiner Kollegen der anderen beiden Fraktionen, die mit mir sehr ernsthaft und, ich sage einmal, auch sehr demokratisch gemeinsam in der Bildungsdeputation diskutieren

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

und die auch viele Schulen besuchen, weise ich Ihre unwahren und gelogenen Behauptungen hier aufs Schärfste zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Sie können sich aufblasen, bis Sie platzen,

(Heiterkeit)

aber ich glaube, Sie haben schon lange keine Bremer und Bremerhavener Schule mehr besucht. Waren Sie einmal in Bremerhaven an der Karl-Marx-Schule? Haben Sie die schönste Schule im Land Bremen überhaupt einmal besucht? Waren Sie einmal an der Paula-Modersohn-Schule? Haben Sie gesehen, mit welchem Einsatz die Lehrerinnen und Lehrer dort weit über das Maß hinaus, für das sie bezahlt werden, arbeiten und sich engagiert Mühe geben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Sie haben doch einfach gar keine Ahnung und versuchen, hier mit Ihren dummen, populistischen Sprüchen Bauernfängerei zu betreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Das können Sie meinetwegen auf der Straße tun, aber hier ist immer noch das Parlament! Ich habe Ihnen genau zugehört und bitte Sie, auch uns, Herrn Rohmeyer, Frau Hövelmann und mir und auch dem Bildungssenator, genau zuzuhören!

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Dazu muss ich wohl nichts mehr sagen!

Ich wollte Ihnen eigentlich eine kleine unparlamentarische, kurze Geschichte mit Genehmigung des Präsidenten zitieren und Ihnen dann meine politischen Schlüsse daraus erläutern: „Die Schule der Tiere! Es gab einmal eine Zeit, da hatten die Tiere eine Schule. Der Unterricht bestand aus rennen, klettern, fliegen und schwimmen, und alle Tiere wurden in allen Fächern unterrichtet. Die Ente war gut im Schwimmen, besser sogar als der Lehrer. Im Fliegen war sie durchschnittlich, aber im Rennen war sie ein besonders hoffnungsloser Fall. Da sie in diesem Fach so schlechte Noten hatte, musste sie nachsitzen und den Schwimmunterricht ausfallen lassen, um das Rennen zu üben. Das tat sie so lange, bis sie auch im Schwimmen nur noch durchschnittlich war. Durchschnittliche Noten waren aber noch akzeptable

(C)

(D)

(A) bel, darum machte sich niemand Gedanken außer der Ente. Das Kaninchen war anfänglich im Laufen an der Spitze der Klasse. Dann bekam es einen Nervenzusammenbruch und musste von der Schule abgehen wegen des vielen Nachhilfeunterrichts im Schwimmen. Das Pferd gab sich beim Klettern besondere Mühe, es war nämlich schon beim Flugunterricht unangenehm aufgefallen.“

(Heiterkeit – Abg. B ö d e k e r [CDU]:  
Nicht versetzt worden!)

Fast, Herr Bödeker! „Im Fliegen hätte es beinahe eine Fünf bekommen und sollte jetzt Nachhilfeunterricht nehmen. Der Adler wurde als schwieriger Schüler angesehen. Zwar schlug er in der Kletterstunde alle anderen darin, als erster den Gipfel des Baumes zu erreichen, jedoch wurde er unnachlässig und streng gemäßregelt, da er darauf bestand, seine eigene Methode anzuwenden.“

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt  
den Vorsitz.)

Die mit Sinn für das Praktische begabten Präriehunde gaben ihre Jungen zum Dach in die Lehre, als die Schulbehörde es ablehnte, Buddeln in den Unterricht aufzunehmen. Am Ende des Jahres hielt ein anormaler Aal, der gut schwimmen und etwas klettern und fliegen konnte, als bester Schüler die Abschlussrede.“

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich damit deutlich machen will, ist, dass ich eine grundsätzlich andere Einstellung zu dem habe, was Herr Rohmeyer hier gesagt hat. Sitzenbleiben als Ultima Ratio, weil ein Schüler in Physik und Mathematik die vom Lehrer gesteckten Lernziele nicht erreicht, halte ich für nicht richtig. Sie haben einen Ansatz, der den Schüler als defizitäres Wesen ansieht: Wo sind die Schwächen, wo sind die Defizite, was erreicht der Schüler nicht? Der Weg muss aber doch eigentlich umgekehrt sein: Wo liegen die Stärken der Schüler und Schülerinnen?

Schön, Sie melden sich noch einmal, dann geht es hier noch munter weiter! Ich glaube, wir brauchen eine viel stärkere individuelle Sichtweise auf den Schüler, wie Schüler besser gefördert werden können, und ich glaube, mit gezieltem Förderunterricht und nicht nur vier, sechs oder zwölf Wochen in den Oster- oder Herbstferien, sondern gezielt und durchgängig, damit können wir bessere Ergebnisse erreichen.

Es muss doch so sein, dass der Schulleiter der Qualitätsbeauftragte für den gesamten Unterricht der Schule ist und dass der Lehrer sich verantwort-

lich fühlt für jeden Schüler und für jede Schülerin. Das ist das Umdenken, das wir brauchen. Das ist der Paradigmenwechsel, den wir brauchen, den ich vorhin versucht habe, deutlich zu machen. Nicht das Aussortieren muss im Vordergrund stehen – der Lehrer, der sagt, wir sind noch 34, am Ende des Schuljahres, stelle ich mir vor, sind wir nur noch 25 –, das soll der Vergangenheit angehören.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]:  
Hauptsache, meine Vorurteile stimmen!)

Herr Rohmeyer, Sie traben hier daher, nicht als Ritter der Ehrenrunde, sondern, ich sage, als Retter der Ehrenrunde, und Sie können keine wissenschaftliche Begründung abliefern, warum Jugendliche und Kinder sitzen bleiben sollen. Es gibt nämlich keine wissenschaftliche Untersuchung. Auch viele Lehrer haben erkannt, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler anders fördern müssen. Deswegen hat das Schulzentrum Findorff ja 44 Kinder probeversetzt und hat mit gutem Erfolg erreicht, dass mehr als die Hälfte auch die nächste Klasse erreicht hat mit gezieltem Förderunterricht, mit der gezielten Einbindung der Eltern. Das ist das, was wir brauchen, und dieser Weg muss weiter beschritten werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ich kann auch noch einmal sagen, das, was Sie uns hier immer verkaufen, aussortieren, bis der Arzt kommt, das kann doch nicht die Lösung sein. Ich habe gesagt, die Länder, die besser sind, die skandinavischen Länder, fördern die Kinder viel gezielter.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Abenteuerlich! Hauptsache, meine Vorurteile stimmen!)

Die Vorurteile habe ich von Herrn Rohmeyer gehört! „Wir bleiben unter uns!“, das ist doch die Botschaft, die Herr Rohmeyer dem Haus hier verkaufen will.

(Zurufe von der CDU)

Dann muss er das hier gleich noch einmal klar stellen. Das ist das, was seine Rede hier ausstrahlt, dass man meint, man könnte ganz homogene Lerngruppen erzielen, und wer da nicht hineinpasst, der wird aussortiert. Das ist das, was die Rede von Herrn Rohmeyer ausgestrahlt hat.

Wir sagen an dem Punkt noch, Noten sind subjektiv, bringen nichts, auch dafür gibt es keine wissenschaftliche Untersuchung. Noten sind Quatsch. Sie schaden eher, als dass sie nützen, und ich glaube auch nicht, dass die Mehrzahl der Eltern Noten will. Wir haben bisher im Schulgesetz eine ausreichende Regelung gehabt, Herr Rohmeyer. Sie war

(A) ausreichend, das haben alle Schulgremien gesagt. Schulen konnten selbst entscheiden, ob sie Noten haben wollten oder nicht.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Jeder kann doch machen, was er will!)

Das heißt nicht, Herr Kastendiek, dass jede Schule machen kann, was sie will, sondern der Weg, den der Bildungssenator geht – hören Sie mir zu! –,

(Unruhe bei der CDU – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das sind doch die Ergebnisse aus Iglu! Das hat doch Iglu gezeigt, woran es gelegen hat!)

einheitliche Lernentwicklungsberichte, sind richtig. Wir sagen aber, Noten bringen nichts. Das, was Sie machen, ist ein Schulsystem von gestern und von vorgestern. Das habe ich Ihnen schon siebenmal gesagt, und das sage ich Ihnen auch gern noch das achte Mal. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

(B) Abg. **Rohmeyer** (CDU)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Stahmann, Ihre kleine Fabel war süß, und sie war der beste Beweis für einen begabungsgerechten Unterricht in einem gegliederten System, meine Damen und Herren.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie können einem Adler nicht das Schwimmen, Sie können einem Kaninchen nicht das Schwimmen beibringen. Sie müssen jeden nach seinen Begabungen fördern. Ich freue mich, dass Sie endlich bei uns angekommen sind. Vielen Dank für Ihre kleine Geschichte!

(Beifall bei der CDU – Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir hatten hier in vielen Punkten Gemeinsamkeiten festgestellt, und dann kam Frau Stahmann in ihrer zweiten Runde. Ich weiß nicht, in welcher Realität Sie leben. Wir wollen kein Schulsystem von gestern, sondern wir wollen das bisherige Schulsystem, das ausgewiesenermaßen schlecht war, deutlich besser machen, und wir werden es besser machen. Wir haben hier gute Kompromisse gefunden, weil, ich habe es schon einmal gesagt, Lernentwicklungsberichte in Klasse drei und vier kombiniert mit einem Ziffernzeugnis sowohl

\*) Vom Redner nicht überprüft.

die Lernentwicklung als auch den Leistungsstand (C) zeigen.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch mit Soße!)

Weder das eine noch das andere kann beides bieten. Die Kombination aus beiden, der Kompromiss, den die Koalition im September 2002 beschlossen hat, wird so umgesetzt, und das wird Eltern, Schüler und Lehrer gleichermaßen zu mehr Förderung bringen.

Wir wollen niemanden zwangsweise beglücken. Frau Hövelmann hat das ja auch noch einmal gesagt, es wird ein Angebot auch in den Ferien geben. Da haben die Schüler und die Eltern dann freie Wahl. Wir wollen und können niemanden zwingen.

Frau Stahmann, das ist eine Dogmatik, da muss ich sagen, ich weiß nicht ganz genau, ob Sie mit Zwang auch andere Bereiche der Gesellschaft gestalten wollen. Die Förderangebote außerhalb des Unterrichts und die Förderangebote im Unterricht müssen kombiniert werden. Das Konzept hierfür, das muss ich sagen, Herr Staatsrat, liegt noch nicht vor. Ich habe das vorhin schon einmal gesagt. Im Februar haben wir darüber gesprochen. Es wäre schön, wenn wir dann noch zeitnah über die Details reden könnten, weil wir hier zurzeit auch nur politische Zielvorgaben austauschen können. Wir müssen dann natürlich auch noch einmal mit der Verwaltung und den Praktikern an den Schulen reden. Es gibt ja eine Reihe von erfolgreichen Modellen an den einzelnen Schulen, da können wir sicher Erfahrungen aufnehmen. Dagegen spricht doch niemand. (D)

Wenn Sie hier aber so tun, als wenn wir hier ohne zu fördern die Schüler alle sitzen bleiben lassen wollen, dann ist das einfach falsch. Sie haben mir vorhin nicht zugehört, weil ich Ihnen genau gesagt habe, dass, wenn wir Leistungsstandards definieren, es nicht sein kann, wenn Sie eine Prognose haben, dass ein Schüler niemals diesen Leistungsstand erreichen wird, wenn Sie ihn dann automatisch vorrücken lassen. Am Ende steht eine zentrale Abschlussprüfung, und nach der Schule kommt das weitere Leben. Da können Sie ihn dann nicht entlassen nach dem Motto: Du hattest eine schöne Schulzeit, viel Spaß in der Arbeitslosigkeit! Das ist eine Auffassung, Frau Stahmann, die wir nicht teilen!

(Beifall bei der CDU)

Darum sagen wir: Leistung muss definiert und entsprechend gewürdigt werden, nicht erreichte Leistung muss nachgebessert werden, und wenn es nicht mit freiwilliger oder verpflichtender Förderung im Laufe des einen Schuljahres funktioniert, muss das Lernziel dieses Schuljahres eben nachgearbeitet werden. Bei allen Nachprüfungsmöglichkeiten, die wir haben, muss man auch irgendwann sagen, ir-

(A) gendwann ist auch einmal ein letzter Punkt erreicht, und wenn dieser Punkt nicht erreicht wird, muss leider noch ein Jahr nachgearbeitet werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksachen-Nummer 16/322, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

### **Einführung der Familiencard in Bremen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 2. Juni 2004  
(Drucksache 16/273)

Wir verbinden hiermit:

### **Einführung einer Familien-Card**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 16. Juni 2004  
(Drucksache 16/315)

(B)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Knigge.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Was bedeutet heute eigentlich noch der Begriff Familie? Da habe ich einmal in Meyers Lexikon geschaut und dort folgendes Zitat gefunden: „Familie: Soziale Gruppe, die in der Industriegesellschaft in der Regel aus den Eltern und ihren unselbständigen Kindern besteht.“ Ich habe nicht das allerneueste Exemplar, so etwas kauft man sich ja nicht ständig neu, aber dass dieser Begriff heute so nicht mehr haltbar ist, ist sicherlich jedem von uns klar. Es folgen dann noch weitere Erklärungen des Begriffs Familie.

Wir wissen, dass dies heute leider nicht mehr der Tatsache entspricht. Familie, das ist heute die traditionelle Familie mit einer veränderten Arbeitsteilung, die Patchworkfamilie, das sind allein Erziehende mit Kind oder Kindern, und wenn wir genau hinschauen, spiegelt sich das auch hier im Parlament wider. Alles, was wir heute Familie nennen oder, knapp gesagt, wo mindestens ein Elternteil und mindestens ein Kind zusammenleben, ist Familie.

Warum sage ich das als Vorlauf? Weil Wunsch und Wirklichkeit im Familienleben stark auseinander gehen, meine Damen und Herren, und leider muss ich hier ein paar Zahlen bemühen! Die Politik hat die Familie wiederentdeckt. Wenn man sich ernsthaft mit der Familie beschäftigt und damit, wie man ihr helfen will, kommt man an folgenden Tatsachen nicht vorbei: Die Menschen zwischen 29 und 34 Jahren wünschen sich im Durchschnitt 2,4 Kinder, bekommen aber in Wirklichkeit nur 1,39. Das ist Statistik, deswegen die Zahlen hinter dem Komma! Das ist völlig klar, weil hier deutlich wird, wie sehr Wunsch und Wirklichkeit bei der Familienplanung auseinander gehen.

Im Jahr 2000 gab es noch 418 000 Eheschließungen, im Jahr 2002 nur noch 392 000. Die Quote der Scheidungen hat sich vom Jahr 2000 von 194 000 um 10 000 bis zum Jahr 2002 erhöht. Wir haben heute die niedrigste Geburtenrate, die es je in Deutschland gab. Von 2000 bis 2003 gab es jedes Jahr einen Rückgang um 70 000 Lebendgeburten in Deutschland. Die Zahl der kinderlosen Ehepaare in unserer Republik nähert sich der Zehn-Millionen-Grenze. Mit der Geburtenrate liegt Deutschland – nun hören Sie gut zu! – auf Platz 185 von 202 Nationen, die es auf diesem Erdball gibt, also nicht nur im Fußball ist da ein Abstieg gewesen, sondern auch in der Geburtenrate. Das sind gewichtige Gründe, warum die Familie in der Bundes- und in der Landespolitik neu entdeckt wird, der Verbund, der zu lange vergessen wurde, um ihn attraktiv zu halten.

Leider muss ich feststellen, ein Bericht, der von der hessischen Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, besagt, dass den Familien von allen Regierungskonstellationen nach dem Krieg immer mehr genommen als gegeben worden ist.

Wir sind ein aussterbendes Volk mit all den Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme, aber das ist heute nicht das Thema. Um etwas für Familien zu tun, werden landauf, landab in vielen Städten Bündnisse für Familien gegründet. Im Mai gab es davon 48 in Deutschland, und über 130 Städte haben sich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beraten lassen, wie man so ein Bündnis für Familie oder so eine Stiftung gründen könnte.

Die Karte, die ich Ihnen gleich vorstellen werde, kann nur ein Glied in der Kette der lokalen Bündnisse für Familie sein, das dafür sorgen soll, praktische Hilfen für Familien anzubieten, zum Beispiel bei der Gestaltung von Verkehrswegen und Spielplätzen, der Benutzung des ÖPNV, den Besuch von Schwimmbädern, Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Das setzt eine Mitarbeit von Unternehmen, Schulträgern, Verkehrsbetrieben, Städteplanern, Vereinen und Verbänden zwingend voraus. Unternehmer beginnen bereits umzudenken, Familien zu entdecken, günstige Arbeitszeitbedingungen

(C)

(D)

(A) zu schaffen, damit Familien auch ihre Arbeitsplanung annähern können.

Ich würde Sie gern wissen lassen, was Frau Ministerin Schmidt anlässlich der Gründung des Bremer Bündnisses für Familie ausführte, sie bezog sich auch auf die von mir vorgestellten Zahlen. Ich zitiere: „Wenn wir dies ändern wollen, müssen wir ein besseres Klima für Kinder und Eltern schaffen, Familien müssen sich dort wohl fühlen, wo sie leben und arbeiten.“ Dann fährt sie fort: „Hier in Bremen hat es eine gute Tradition, sich für Kinder einzusetzen. Das zeigt sich vor allen Dingen an dem Strukturkonzept Familienbildung in der Bremer Öffentlichkeit, unter dem Namen ‚Fit für Familie‘ bekannt.“

Frau Senatorin Röpke, die jetzt gerade einen wichtigen Pakt für Ausbildungsplätze mit schließt, hat in derselben Veranstaltung gesagt, ich zitiere: „Familienfreundlichkeit wirkt der Abwanderung von Familien entgegen, erhöht die Anziehungskraft einer Kommune und ist für die Stadt ein wichtiger Standortfaktor.“ Familienfreundlichkeit entdecken wir jetzt als einen Standortfaktor, meine Damen und Herren, das hat es lange Zeit nicht gegeben. Die Senatorin hat Recht, und in diesem Zusammenhang kann man ja auch einmal die Firma Kraft Foods nennen, wo die Gründung des Bremer Bündnisses für Familie stattgefunden hat. Ich fand es ganz toll, dass es einmal in einem anderen Rahmen war als immer in der Rathaushalle, denn so schön sie auch ist, man muss sich auch einmal dorthin begeben, wo Bewegung stattfindet, Herr Staatsrat, und das war eine gute Veranstaltung.

(B) Die Zitate kann ich noch mit dem toppen, was Bürgermeister Dr. Henning Scherf auf dieser Veranstaltung gesagt hat. Er führte aus, ich zitiere: „Ich freue mich sehr, dass sich in Bremen so viele Akteure hinter diesem wichtigen Ziel versammelt haben und ihren Beitrag leisten wollen, um unsere Stadt für Kinder und Familien noch liebens- und lebenswerter zu machen.“ Mit dieser Aussage hat er ja auch Recht.

In Artikel 6 unseres Grundgesetzes werden Familien unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt, aber seien wir ehrlich – ich habe vorhin gesagt, dass die hessische Untersuchung das belegt –, über viele Jahrzehnte hinweg war dies nur ein politischer Leitsatz, der in der Praxis allerdings selten zu besonderen Anstrengungen geführt hat. Das müssen wir uns alle für die Vergangenheit vorwerfen, und wir wollen es ja jetzt besser machen.

Ziel aller unserer Politik muss es sein, die Familienfreundlichkeit zu stärken und dadurch junge Menschen zu ermutigen, wieder selbstbewusst ja zu Familie und Kindern zu sagen und ein Ja, das ein positives Echo in der Gesellschaft erfährt. Leider, und das wissen wir alle, ist das zurzeit nicht so. Wir kennen alle die Auseinandersetzungen über Spielplätze, Skaterbahnen und sonstige Angelegenheiten,

und wir geraten da vielleicht sogar in die Gefahr, in einen Generationenkonflikt zu kommen, dass die Alten auf ihren Ansprüchen beharren und die Jungen sich Freiräume vielleicht erst erkämpfen müssen.

(C)

Unter diesem Dilemma leidet auch das Bundesland Thüringen mit seinen 2,4 Millionen Einwohnern, und dazu kommt in Thüringen insbesondere auch der anhaltende Verlust von jungen Menschen durch Abwanderung in die alten Bundesländer. Das hat dort dazu geführt, dass man als Erstes ein Bündnis für Familie gegründet hat, das mit einem alljährlichen Landesfamiliientag seinen öffentlichen Ausdruck findet. Auf diesem Familiientag wird nicht nur gefeiert, sondern den Familien auch dargestellt, wie man die Familiensituation besser meistern kann, wo man Rat und Hilfe bekommen und sich anders organisieren kann, dabei aber auch im Rahmen einer feierlichen Umgebung.

Meine Damen und Herren, was ist nun der Inhalt dieser Karte? Sie richtet sich – die in Thüringen – an Familien mit mehr als drei Kindern unter 18 Jahren und an Familien, die Sozialhilfe beziehen und mindestens ein Kind haben, wobei auch hier der Familienbegriff „Familie ist da, wo Kinder sind“ richtig ist. Sie berechtigt die Familien an drei frei wählbaren Tagen zum kostenlosen Besuch von Museen, Sehenswürdigkeiten und anderen Freizeitangeboten. Das Angebot in Thüringen umfasst zurzeit über 150 verschiedene Ziele kultureller Freizeitangebote. Die Karte kann man für eine Schutzgebühr von fünf Euro beantragen. Geplant wurde eine Zielzahl von 8000 Karten, die es seit Januar 2004 in Thüringen gibt. Von Januar bis Mai wurden 4000 Karten beantragt, und das Land Thüringen, das auch nicht in Geld schwimmt, hat für diese Maßnahme 500 000 Euro im Haushalt bereitgestellt.

(D)

Die Familien, die in den Genuss dieser Karte kommen, haben es schwerer als andere Bürger – und das wäre in Bremen nicht anders –, Freizeit- und Urlaubspläne zu verwirklichen. Mit den eingesetzten Mitteln erwachsen den teilnehmenden Attraktionen zusätzliche Einnahmen, mit dieser Karte werden Zielgruppen erreicht, die bisher nie oder sehr selten solche Einrichtungen besucht haben. Möglicherweise werden aus den Kindern in späteren Zeiten gute Kunden dieser Einrichtungen, und Kunden muss man sich auch erziehen, damit sie treue Kunden werden.

Nach den Zahlen, die ich Ihnen eingangs vorgestellt habe, ist es höchste Zeit, eine solche Idee auch in Bremen aufzugreifen. Der Wille des Senats, so etwas in die Wege zu leiten, muss nach den von mir vorgestellten Zitaten sehr groß sein. Bei aller Enge im Haushalt müssen sich doch Euros für einen Anfang finden lassen, möglicherweise kann man das auch mit Sponsorentätigkeit verbinden. Das Bremer Bündnis für Familie muss mit Leben gefüllt werden, die schönen Worte haben wir noch alle in den Ohren, und sie dürfen nicht ohne Taten verklingen. Aus

(A) diesem Grund haben wir als CDU diesen Antrag formuliert, und ich freue mich, dass aus dieser Idee ein interfraktioneller Antrag geworden ist, dass wir uns alle hinter dieser Idee, etwas für Familien zu tun, versammeln können. Herzlichen Dank dafür, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Eine Bremer Familiencard wird die Situation der Familien nicht drastisch ändern, aber für einige wäre es ein Einstieg zu mehr Kultur oder Sport oder einfach nur schönerer Freizeit. Um die Situation für Familien wirklich zu verbessern und die heutigen Familienträume mit einer anderen Arbeitsteilung in den Familien zu verwirklichen, gehören andere Angebote wie Kindertagesheime, Schulen, Spielplätze und zugeschnittene Wohnungen dazu.

Kinder und deren Familien müssen wieder mehr beachtet werden, und wenn der neu gewählte Bundespräsident Horst Köhler sagt „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“, dann hat er mit Sicherheit Recht. Bis das aber von der Bevölkerung akzeptiert wird, wird noch viel Wasser die Weser von Bremen nach Bremerhaven fließen, meine Damen und Herren, denn wir kennen leider viel zu viele gegenteilige Beispiele.

(B) Das Land Thüringen ist nicht das einzige Land mit einer solchen Karte, aber es war das erste. Wenn Sie in Ihrem PC in Ihrer Suchmaschine den Begriff „Familiencard“ oder „Familienkarte“ eingeben, finden Sie eine große Anzahl von verschiedenen Beispielen, die es in Deutschland gibt. Die zugegebenermaßen reichere Stadt Stuttgart geht einen anderen Weg, dort bekommen Familien mit einem Einkommen unter 82 000 Euro eine Familienkarte. Wer vier Kinder oder mehr hat, bekommt sie sogar unabhängig vom Einkommen. Diese Karte hat ein Guthaben von 60 Euro. Jedes berechnete Kind unter 16 Jahren erhält eine solche Karte, mit der es viele Vergünstigungen gibt.

Wir haben den Senat gestern auch in den Haushaltsberatungen gebeten, die finanziellen Vorschläge zu machen und diese Karte mit Leben zu erfüllen. In den Haushaltsberatungen haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen. Vertrauen wir auf die Weisheit des Senats, uns ein gutes Konzept vorzulegen! Wir wollen dabei gern mitarbeiten, möglicherweise in der Sozialdeputation.

Herzlichen Dank, dass Sie sich alle hinter der Idee versammeln können! Dieser Beschluss ist gut für das Bündnis für Familie, wenn wir ihn denn so fassen! Erinnern Sie sich an die Zitate, die ich anfangs schon genannt habe, die bei feierlichen Reden gesprochen wurden! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält der Abgeordnete Pietrzok.

(C) Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Oppermann, Ihre Rede hat mir gefallen, weil Sie zu Beginn noch einmal deutlich darauf hingewiesen haben, dass wir mittlerweile gesellschaftspolitisch in einer Phase sind, in der es gewissermaßen eine nationale Frage ist, wie wir mit dem Thema Familie, mit dem Thema Kinder in unserer Gesellschaft umgehen. Ich möchte das noch einmal betonen. Angesichts der Geburtenraten, die wir haben, stehen wir vor so elementaren Zukunftsfragen im Hinblick auf die Altersvorsorge, im Hinblick auf das ökonomische Potential dieses Landes, dass wir uns wirklich alle Gedanken machen müssen, um Familien in Zukunft so zu stärken, dass wieder mehr Menschen das Gefühl haben, es ist sinnvoll und eine Bereicherung für das eigene Leben, Kinder zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist meiner Meinung nach eine Frage, die wir in Kommunalparlamenten, in Landesparlamenten und natürlich auch im Bund, und ich möchte auch Europa nicht vergessen, auf allen Ebenen diskutieren müssen, auch da Deutschland mittlerweile das Land ist, das bei der Geburtenrate ganz hinten ist. Mittlerweile haben uns sogar die Spanierinnen überholt, aber wir sind das Land in Europa, in dem die wenigsten Kinder geboren werden im Verhältnis zu den Frauen im gebärfähigen Alter. Darüber müssen wir uns wirklich dringend Gedanken machen.

(D) Das, was wir jetzt hier vorliegen haben, ist deswegen auch nur als eine ganz kleine Facette in einem riesigen Mosaik zu begreifen, das noch fertig gestellt werden muss, bei dem wir dabei sind, im Moment nur an einzelnen Punkten Verbesserungen herauszuarbeiten. Das tun wir nun auch mit Ach und Krach, das muss man deutlich sagen, wir haben finanzpolitische Handlungsspielräume, die es uns sehr schwer machen.

Ich will nur noch einmal deutlich machen, wir haben vor einigen Jahren den gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt. Das war natürlich ein erheblicher familienpolitischer Fortschritt. Dann ist deutlich geworden, die Kinder kommen schon in den Kindergarten, wenn sie den dritten Geburtstag gefeiert haben, dann gilt der Rechtsanspruch. Jetzt stehen wir vor der Frage, was ist denn mit den Kindern, die ein paar Monate nach dem Beginn des Kindergartenjahres Geburtstag haben, die müssten doch eigentlich auch schon in den Kindergarten hinein. Das sind solche Fragestellungen, mit denen wir uns aus haushaltspolitischen Gründen auseinander setzen müssen und bei denen wir dann nicht sagen können, das, was so unmittelbar eigentlich plausibel ist, das machen wir jetzt einfach.

Wir können nicht alles, was wir familienpolitisch für richtig halten, mit Geld hinterlegen und umsetzen. Auch wenn wir uns bemühen und einiges an

- (A) Erfolgen geschafft haben, stehen wir hier vor einer meiner Meinung nach wirklich großen gesellschaftspolitischen Frage, ob wir eine Umsteuerung hinbekommen. Kindertagesbetreuung, Ganztagschulen, eine andere Steuersystematik, das sind alles Fragestellungen, die in dem Zusammenhang eine Rolle spielen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern unterstützen wir diesen Antrag, den Sie hier eingebracht haben. Wir unterstützen diese Initiative, weil wir auch der Meinung sind, dass wir dem Rechnung tragen müssen, dass Familien, die viele Kinder haben, in einer ganz besonderen Situation sind. Wenn sie drei oder noch mehr Kinder haben, dann sind, obwohl die Einkommen durchaus akzeptabel sind, die Lebensrealitäten doch so wie in anderen Familien mit sehr geringem Einkommen, die nur knapp über dem Sozialhilfeniveau leben. Es ist eine andere Lebensrealität für die Familien, wenn sie viele Kinder haben, als wenn sie wenig Kinder haben. Es ist ein Stück struktureller Benachteiligung von kinderreichen Familien hier in diesem Land eingezogen. Das ist eine Realität, bei der wir mit dieser Familiencard einen kleinen Gegenakzent setzen wollen. Sie soll ermöglichen, dass in den Einrichtungen kinderreiche Familien leichter, vor allem preisgünstiger den Zugang bekommen. Dafür ist diese Initiative da, und wir unterstützen sie.

- (B) Wir möchten aber auch deutlich sagen, es ist uns auch in dieser Frage im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht gelungen, für dieses Programm, obwohl es für uns so eine politische Schwerpunktsetzung ist, unsere politischen Spielräume zu nutzen und hier Geld einzusetzen. In den Haushaltsberatungen ist eine Formulierung gewählt worden, die deutlich sagt, der Senat muss organisieren, im Haushaltsvollzug Geld bereitzustellen dafür, dass man das in bestimmten Maßnahmen hinbekommt.

Das liegt nicht daran, dass wir an dieser Stelle eine politische Schwäche haben, das behaupte ich jedenfalls, sondern es liegt daran, dass wir einen so extrem klammen Haushalt haben, gerade im Bereich Sozialleistungen. Gerade weil Familien ein bestimmtes Leistungsvermögen im Hinblick auf die Förderung ihrer Kinder immer weniger haben und deswegen in den Erziehungshilfen beispielsweise die Bedarfe gestiegen sind, haben wir so wenig Handlungsspielräume, dass wir uns mit einer solchen zugegebenermaßen bescheidenen Formulierung abfinden müssen. Wir werden aber dieses Projekt realisieren und müssen den Haushaltsvollzug organisieren, so dass das Geld zur Verfügung gestellt wird. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass wir das hinbekommen und dass wir bald die Familiencard haben werden.

Wir müssen uns, Herr Oppermann, übrigens auch noch darüber auseinander setzen, wie neben der Tatsache, dass wir das auf Landesebene beschließen,

die Kommunen mit ins Boot kommen, denn in Thüringen ist es eine reine Landesaktivität. Im Land Bremen wäre es zumindest ein untypisches Vorgehen, wenn wir das auch so formalistisch betreiben würden. Das würden die Leute in der Stadt auch nicht verstehen. Ich glaube aber, das sind alles Dinge, die wir dann in der Sozialdeputation noch einmal genauer erörtern können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pietrzok, ich bin mir nicht ganz sicher, ob die eine oder andere Fraktion in diesem Haus womöglich im familienpolitischen Bereich eine Schwäche hat oder nicht. Ich glaube, das liegt ganz im Auge des Betrachters. Wir sind uns auf jeden Fall einig, und deswegen unterstützen wir auch als grüne Fraktion diesen Antrag und tragen ihn interfraktionell mit, dass wir, und das ist sozusagen die Kernthese, die mittlerweile unstrittig ist, Bremen zu einer familienfreundlichen Stadt entwickeln wollen. Wir streiten uns dann über den Weg, wie wir dahin kommen. Wir tragen diesen Antrag mit unter der Maßgabe, dass das Konzept, das vorgelegt wird, schlüssig ist. Es wird in der Tat wesentlich schwieriger werden, so etwas im Vollzug zu organisieren, als es gewesen wäre, wenn man das tatsächlich als einen Haushaltsantrag gestern mit beschlossen hätte. Ich denke, da brauchen wir nicht lange zu diskutieren.

Unserer Meinung nach ist es aber mit solch einem Antrag, mit solch einer Maßnahme, wenn sie dann durchgesetzt wird, nicht getan. Ich warne davor, familienfreundliche Stadt nur eben in Sonntagsreden und nur als politische Monstranz zu sehen. Dann ist das eine Maßnahme, die im Grunde jeder toll findet und womit man gut Stimmen sammeln kann, aber die konkreten Maßnahmen, die nicht immer viel Geld kosten müssen, sondern bei denen es zum Teil wirklich nur am politischen Willen und an der politischen Durchsetzungskraft mangelt, die kommen dann eben nicht. Ich nenne einmal eine Maßnahme wie das Spielraumgesetz. Das ist sozusagen ein Posten, der immer noch als Restant seit mehreren Jahren in diesem Parlament mit sich herumgetragen wird. Das ist eine Maßnahme, die in erster Linie wirklich an einem Wandel in den Köpfen bisher gescheitert ist.

Ob man jetzt das heilige Blechle höher wertet oder ob man sagt, wir müssen auch über das, was wir an Spielplätzen hinaus anbieten, Angebote für Kinder schaffen, Möglichkeiten und Räume schaffen, ich denke, das ist da ein ganz gutes Beispiel, genauso Fragen von Kinder- und Jugendpartizipation, auch das muss per se nicht viel Geld kosten. Das wäre

(C)

(D)

(A) aber eine Maßnahme, die zu dem, was wir gängig diskutieren und was so schon immer gehandhabt wurde, im Gegensatz steht und bei der man dann natürlich auch in den Fraktionen die entsprechende Überzeugungsarbeit leisten muss. Ich glaube schon, dass wir alle dabei sind. Wie weit wir aber bei diesem Prozess in den einzelnen Fraktionen sind, da gibt es noch gewisse Unterschiede.

Ich möchte als Letztes in dieser Reihe noch die Maßnahme der Familienzentren erwähnen. Wir haben anlässlich des Kinder-, Jugend- und Familienberichtes 2003 uns darüber unterhalten, dass es bei den Maßnahmen zur Familienbildung eine sehr starke Anhäufung dieser Einrichtungen in gewissen Stadtteilen gibt, dass andere Stadtteile wiederum keine oder nur sehr wenige solcher Einrichtungen haben und wir eigentlich die Homogenität in der Verteilung über das Stadtgebiet hinaus, die wir bräuchten, nicht haben. Ich glaube, auch das ist eine Baustelle.

Wenn man sich einmal mit Vertretern von familienpolitischen Initiativen oder auch mit Eltern unmittelbar unterhält, dann sind das Punkte, die dort angesprochen werden. Es werden natürlich auch Maßnahmen angesprochen wie der KTH-, wie der Hortbereich. Das ist sozusagen ein Fass, das haben wir schon lange diskutiert. Das passt vielleicht auch in eine eher konsensual geprägte Debatte nicht ganz hinein, aber es ist eben natürlich eines der Themen oder das zentrale Thema, das Eltern auf den Fingernägeln brennt.

(B)

Wir meinen, und das ist dann der Gedanke, der zum Schluss führt, Familienpolitik wird auch und gerade in Tenever, in Kattenturm, in sozial schwächeren Stadtteilen gemacht. Gerade dort müssen wir der Tendenz entgegenwirken. Gewisse politische Entscheidungen benachteiligen bislang solche sozialen Zentren eher. Wenn Ganztagsplätze oder Hortplätze nach einem Schlüssel vergeben werden, der als vorrangiges Kriterium die Arbeitstätigkeit der Eltern beinhaltet, dann führt das natürlich, das kann man sich rein logisch ableiten, dazu, dass diese sozial schwächeren Stadtteile benachteiligt werden.

Herr Pietrzok, wir sind uns da einig. Diese Kriterien sind nicht nur bundespolitische Vorgaben, sondern da hat man auch als Land durchaus Möglichkeiten, an der Stelle an diesen Kriterien politisch wirksam zu werden. Ich glaube, dass wir dementsprechend Maßnahmen brauchen, die sozial schwächer gestellten Familien besonders unter die Arme greifen. Da ist das sicher eine Maßnahme, aber ich glaube, es ist nicht die einzige. Das Problem ist, dass diese Familien eine wesentlich schwächere Lobby haben als sozial und finanziell besser gestellte Familien. Ich glaube, dass es deshalb eine besondere Aufgabe von Politik an dieser Stelle ist, den Hebel ein wenig umzulegen. Es ist ein kleiner Anfang. Es ist aber auf keinen Fall, ich denke, da sind wir uns auch einig, das familienpolitische Allheilmittel. Wir

müssen bei den von mir aufgezeigten Punkten noch weiter diskutieren, inwieweit wir diese Maßnahmen auch in dieser Legislaturperiode in Gang bringen können. – Ich bedanke mich!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Debatte nicht unnötig verlängern. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, dass wir gestern einen Haushalt beschlossen haben, mit dem wir für jedes Jahr dieses Doppelhaushaltes zirka 160 Millionen Euro an familienhelferischen Maßnahmen beschlossen haben. Das ist ein großer Batzen Geld. Ich habe eben überhaupt nicht den Eindruck erwecken wollen, dass diese Familiencard die Lösung der Probleme wäre. Es ist ein kleiner Schritt und soll auch das Bündnis für Familie ein wenig stärken.

(Abg. P i e t r z o k [SPD]: Das ist deutlich geworden!)

Die erwarten von uns auch, nachdem das Bündnis für Familie beschlossen worden ist, dass das Parlament sich bewegt und deutliche Signale in diese Richtung zeigt.

(D)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort Herr Staatsrat Dr. Knigge.

**Staatsrat Dr. Knigge\*):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in der Debatte betont worden, welche Bedeutung die Themen, die mit der Familienpolitik zu tun haben, gegenwärtig und verstärkt auch in der Zukunft haben werden. Wir wissen alle, wie wichtig es ist, die Bedingungen für eine starke Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und zu verstärken. Wir wissen alle, wie wichtig es ist, die Erziehungskompetenz der Familien zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich der Erziehung zu widmen, ihnen aber auch Hilfestellung dort zu geben, wo die Erziehungskompetenz nicht trägt und der Ruf nach dem Staat ertönt. Das sind Bereiche und Themen, die uns in Zukunft nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung verstärkt werden beschäftigen müssen.

Ich bin sehr dankbar, dass auch in der Debatte darauf hingewiesen worden ist, dass wir mit unseren familienpolitischen Bemühungen in Bremen und Bremerhaven keineswegs am Anfang stehen, sondern dass wir ganz selbstbewusst auch auf die er-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) heblichen Leistungen und Hilfen verweisen können, die wir anbieten, die wir bereithalten im Haushalt und auch mit Geld unterlegen. Die aus meiner Sicht wichtigsten Themen sind auch schon benannt worden, nämlich die Themen Kindertagesbetreuung, wie schaffen wir es, auch und vor allem Berufstätigen, Herr Crueger, verstärkt Möglichkeiten zu geben, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Das, was Sie eben gerade kritisiert haben, ist ein Ergebnis von rotgrüner Politik auf Bundesebene, dass Vorrang nämlich der Bereitstellung von Kindertagesplätzen gerade für Berufstätige ausdrücklich gerade so gesetzlich normiert worden ist. Wir werden uns selbstverständlich an diesen gesetzlichen Auftrag halten.

Wir können auch feststellen, das finde ich sehr positiv, dass die Entwicklung hin zu Ganztagschulen inzwischen doch eine deutliche Verbesserung auch mit sich bringt. Das kann man dort nachweisen, wo Ganztagschulen gebildet worden sind. Da gibt es zusätzliche Angebote für Kinder, für Grundschulkindern im Anschluss an die Schule, also auch, wenn Sie so wollen, die Hortbetreuung im bisherigen Stil ist dadurch ausgeweitet worden. Dies sind sehr positive Entwicklungen.

Wir müssen uns, glaube ich, auch verstärkt dem Thema widmen, wie schaffen wir es, auch präventiver im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu wirken. Hier stellen wir aus meiner Sicht sehr schwierige und auch bedenkliche Entwicklungen fest, nämlich Tatsache ist, dass die Erziehungskompetenz doch in vielen Bereichen deutlich leidet, dass der Staat hier sehr stark Erziehungsverantwortung übernehmen muss, wo eigentlich die Familien in erster Linie gefragt sind. Hier gilt es, über Familienbildung, über begleitende Hilfen die Familien stärker in die Lage zu versetzen, die Erziehungsverantwortung selbst wahrzunehmen. Das wird sicherlich unser gemeinsames Ziel weiter bleiben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Oppermann hat darauf hingewiesen, dies ist ein weiterer Baustein in einem breit angelegten Konzept von Familienpolitik. Ich freue mich, dass in der Debatte auch betont worden ist, dass Familienpolitik keineswegs nur eine Angelegenheit des Sozialressorts und des Jugendressorts ist, sondern Familienpolitik, wenn sie über alle Bereiche wirken soll, muss als Querschnittspolitik begriffen werden, so verstehe ich Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

So verstehe ich auch den Antrag, den Sie gestellt haben. Das ist kein Antrag nach meinem Verständnis, der jetzt im Haushaltsvollzug nur des Sozialressorts platziert werden muss und soll. Da sähe ich dann auch leichtere Probleme, um das ganz offen

zu sagen. Dies ist ein Thema, für das wir auch andere Ressorts begeistern müssen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich bedanke mich auch für diesen Auftrag. Ich nehme das gern als Auftrag an, andere Ressorts für diese Themen zu begeistern. Dann bin ich sicher, dass wir auch eine Lösung zur Finanzierung im Haushaltsvollzug finden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/273 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/273, Neufassung der Drucksache 16/229, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/315 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/315 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

### **Parkerleichterungen für gehbehinderte Menschen schaffen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 2. Juni 2004  
(Drucksache 16/274)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

(C)

(D)

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Tuczek.

Abg. Frau **Tuczek** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit den Parkproblemen gehbehinderter Menschen. Immer wieder werde ich, und vielen von Ihnen geht es wahrscheinlich ähnlich, von Leuten angesprochen und um Unterstützung gebeten, die eine Gehbehinderung haben, die allerdings nicht den Vermerk „aG“ – außergewöhnliche Gehbehinderung – erhalten haben und somit nicht auf den Behindertenparkplätzen parken dürfen. Ich weiß von meinen Kollegen aus dem Petitionsausschuss, dass dort auch immer wieder Petitionen eingereicht werden, die das gleiche Anliegen haben. Die Leute verstehen es nicht: Sie haben große körperliche Probleme und dürfen trotzdem nicht auf diesen Parkplätzen parken.

Der letzte Betroffene, der sich an mich gewandt hatte, war ein älterer Herr, der sich nur noch mit zwei Unterarmstützen bewegen konnte und trotzdem diesen „aG“-Vermerk nicht bekam, weil er mit seinen Krücken ja noch 50 Meter laufen konnte. Ob man das allerdings laufen nennen kann, meine Damen und Herren, möchte ich doch sehr bezweifeln! Dieser Mann klagt jetzt zwar vor dem Sozialgericht,

(B) (Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, fünf Jahre bis zur Entscheidung!)

und die Klage ist auch angenommen worden, was auch nicht in jedem Fall sichergestellt ist. Oftmals wird so eine Klage als unbegründet zurückgewiesen.

Ich habe hier noch einen weiteren Fall, den ich Ihnen gern vortragen möchte: Da ist ein Mann, der eine Behinderung von 100 Prozent hat, er hat das Merkzeichen „G“ für Gehbehinderung, das Merkzeichen „B“ für Begleitung und hat trotzdem nicht das Merkzeichen „aG“ erhalten. Er hat jetzt vor dem Sozialgericht geklagt, und ich möchte Ihnen einmal mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Urteil Folgendes vortragen:

„Trotz erheblicher Beeinträchtigungen könne er sich nämlich, wenn auch schleppend, watschelnd, kleinschrittig und deutlich verlangsamt über eine Wegstrecke von 30 Metern ausreichend sicher zu Fuß fortbewegen, um sodann nach einer Gehpause seinen Weg wieder aufzunehmen.“ Dann wird noch einmal wegen des Merkmals „aG“ begründet: „Weil es wissenschaftliche physiologische Untersuchungen zur exakten Beurteilung der beim Gehen aufgewendeten Energie nicht gebe“! Wer solche Urteile spricht,

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

meine Damen und Herren, bei dem weiß ich wirklich nicht, von welcher Welt er kommt!

(C)

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Dieses Urteil ist allerdings auch vom Bundessozialgericht zurückgewiesen worden.

Behinderte Menschen, die solche Probleme haben, verstehen nicht, dass sie die Behindertenparkplätze nicht nutzen dürfen, und ich habe auch kein Verständnis dafür, zumindest nicht bei den Fällen, mit denen ich konfrontiert war.

Wir haben das Thema bei uns in der Fraktion diskutiert, und das war auch der Grund, warum wir diesen Antrag hier eingebracht haben. Ich habe hier einen Widerspruchsbescheid vorliegen, in dem aufgeführt wird, wann man diesen „aG“-Vermerk bekommt. Ich möchte daraus auszugsweise mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Querschnittsgelähmte, Doppeloberschenkelamputierte, Doppelunterschenkelamputierte, einseitig Oberschenkelamputierte, die dauernd außerstande sind, ein Kunstbein zu tragen oder zugleich unterschenkel- oder armamputiert sind“! Zynisch gesehen bekommt man diesen Vermerk eigentlich nur, wenn man überhaupt keine Beine mehr hat.

Ich wundere mich immer, dass es so viele leere Behindertenparkplätze gibt, weil man eben für diese Parkplätze diesen „aG“-Vermerk braucht. Jetzt aber weiß ich es! Die Leute, die diesen Vermerk haben, können sich allein ja kaum noch fortbewegen, und deswegen sind auch so viele Parkplätze leer. Meine Damen und Herren, wenn Sie einmal darauf achten, werden Sie es auch beobachten können.

(D)

Ich möchte gern, dass wir diesen gehbehinderten Menschen etwas helfen, ihre sowieso schon schwierige Lage zu erleichtern. Ich will nun überhaupt nicht, dass jeder, der Probleme beim Laufen hat, eine Sonderparkgenehmigung erhält. Wir wollen das nicht inflationieren, das ist nicht unser Anliegen. Es sollen insbesondere schwerbehinderte Menschen eine Sonderparkgenehmigung erhalten, die die Voraussetzung des Merkzeichens „aG“ nur knapp verfehlt haben.

Es sollen aber auch zeitlich befristete Sondergenehmigungen ausgestellt werden, nach schweren Operationen, wenn zum Beispiel ein Unterschenkel amputiert worden ist und noch nicht mit einer Prothese gelaufen werden kann, also für Leute, die nicht dauerhaft außergewöhnlich gehbehindert sind oder für Schwerbehinderte, die zum Beispiel zwei Parkplätze zum Aussteigen aus ihrem Auto benötigen, weil die Autotür ganz geöffnet werden muss, damit sie aussteigen können, aber auch für Menschen, bei denen schwere Funktionsstörungen des Herzens oder der Atmungsorgane vorliegen.

(A) Meine Damen und Herren, das Problem der Parkerleichterungen gibt es nicht nur in Bremen und Bremerhaven. Auch in anderen Bundesländern ist es ein Thema, das auch in den jeweiligen Petitionsausschüssen immer wieder beraten wird. Meines Erachtens müssen die Voraussetzungen zur Erlangung des Merkzeichens „aG“ im Schwerbehindertenrecht, das jetzt im SGB IX geregelt ist, geändert werden, und zwar müsste die Schwerbehindertenausweisverordnung in Paragraph 6 Absatz 1 Nummer 14 des Straßenverkehrsgesetzes dahin gehend geändert werden, dass für einen „aG“-Vermerk auch die Kriterien mit herangezogen werden, die in den Ländern jetzt dazu führen, Sonderparkgenehmigungen zu erteilen. Ich habe ja vorhin aufgezählt, wie behindert man sein muss, um diesen „aG“-Vermerk zu erhalten. So kann es eigentlich nicht gehen, auch nicht, dass dort jahrelang geklagt werden muss, um Recht zu bekommen.

In diesem Zusammenhang bitte ich Frau Senatorin Röpke, die ist jetzt allerdings nicht mehr da, dieses Problem im Bund-Länder-Ausschuss anzusprechen und auf Änderungen hinzuwirken. Ich werde das Thema aber auch noch einmal in der Gesundheitsdeputation ansprechen und entsprechend darum bitten.

(B) Ich weiß natürlich, dass das, wenn überhaupt, ein langwieriger Prozess sein wird. Eine andere Möglichkeit, diesem Personenkreis Parkerleichterungen zu verschaffen, besteht darin, entsprechende Verwaltungsvorschriften zu Paragraph 46 Absatz 1 Nummer 11 der Straßenverkehrsordnung zu erlassen. Diesen Weg wollen wir jetzt gehen, obwohl damit auch immer ein Ermessensspielraum verbunden sein wird. Nach mir vorliegenden Unterlagen haben inzwischen 13 oder jetzt schon 14 Bundesländer davon Gebrauch gemacht. Die meisten Länder haben sich hierbei an die Regelungen von Bayern, Reinland-Pfalz oder Hessen angelehnt, wobei die einzelnen Länder es teilweise auch noch sehr unterschiedlich handhaben. Daher ist eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben, insbesondere in den Grenzregionen benachbarter Bundesländer. Für uns gilt dies insbesondere für Niedersachsen.

Mir ist natürlich bekannt, dass auch in Bremen und Bremerhaven jetzt schon Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, aber eben sehr restriktiv, zu restriktiv meine Damen und Herren! Ich habe hier eingangs erläutert, dass der alte Mann, der sich eben nur noch auf diesen Stützen bewegen kann, diese Ausnahmegenehmigung eben nicht erhalten hat. Die Kollegen aus dem Petitionsausschuss, Frau Sauer berichtete davon, können auf ähnliche Beispiele verweisen. Aus diesem Grund fordern wir den Senat mit unserem Antrag auf, verstärkt und unbürokratisch von der Möglichkeit der Ausnahmeregelung Gebrauch zu machen. Wir erwarten auch, dass jetzt eine Regelung analog zu den anderen Bundesländern erfolgt.

(C) Meine Damen und Herren, wir haben hier einen sehr moderaten Antrag eingebracht. Dieser Antrag kostet kaum Geld. Einen Rechtsanspruch auf einen Parkplatz gibt es nicht, aber wir helfen Menschen, die ohnehin schon ein schwieriges Los haben. Ich freue mich, dass unser Antrag von den drei Fraktionen dieses Hauses getragen wird. Insoweit ist eine große Mehrheit für diesen Antrag vorhanden, und ich gehe auch davon aus, dass sich unser Senator Eckhoff darum kümmern wird, dass der Antrag umgesetzt wird und die Parkerleichterungen, die wir gefordert haben, den Leuten zugute kommen werden, die diese dringend benötigen. – Recht schönen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Auseinandersetzung mit dem Thema Parkerleichterungen für Schwerbehinderte war ich bisher der Meinung, dass es ausreichend Parkmöglichkeiten für Menschen mit Bewegungseinschränkungen in der Gehfähigkeit gibt und daher ganz überrascht, dass wir in Bremen der Entwicklung in anderen Bundesländern weit hinterherhinken, dies im wahrsten Sinne des Wortes! Bevor Bremen in der Republik in dieser Frage, die für Gehbehinderte von großer Bedeutung ist, das Schlusslicht bildet, freue ich mich sehr darüber, dass wir gemeinsam diesen Antrag unterstützen.

(D) Für die meisten Menschen ist es selbstverständlich, ihr Leben ohne Einschränkungen in der Bewegungsfähigkeit zu gestalten. Für viele Schwerbehinderte mit einer Gehbehinderung dagegen stellt schon ein Aktionsradius von 500 Metern eine schmerzhaft Herausforderung dar. Eine große Anzahl von Menschen mit Behinderungen braucht das Kraftfahrzeug als wichtiges Hilfsmittel, um die durch die Behinderung eingeschränkte Bewegungsfähigkeit auszugleichen.

Schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung, die zur Erledigung ihrer täglichen Abläufe auf Parkerleichterungen angewiesen sind, müssen bestimmte Diagnosen erfüllen, um in ihrem Schwerbehindertenausweis das benötigte Merkzeichen „aG“, das bedeutet außergewöhnlich gehbehindert, oder das Merkzeichen „Bl“, das bedeutet blind, zu bekommen.

Nur durch die Eintragung im Ausweis durch das Versorgungsamt werden Parkerleichterungen durch Ausnahmegenehmigungen tatsächlich gewährt. Somit ist diese Personengruppe von bestimmten Vorschriften der Straßenverkehrsordnung befreit. Dazu gehört zum Beispiel das Parken an Parkuhren und

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Parkscheinautomaten ohne Gebühr und zeitliche Beschränkung, an Stellen, an denen das eingeschränkte Halteverbot angeordnet ist, bis zu drei Stunden zu parken, in Fußgängerzonen, in denen das Be- und Entladen für bestimmte Zeiten freigegeben ist, während der Ladezeit zu parken, in der Nähe von Behörden, Krankenhäusern, des Arbeitsplatzes oder auch am Wohnort.

Allerdings ist nur ein geringer Teil von Menschen mit einer Gehbehinderung im Besitz eines Schwerbehindertenausweises mit genau diesen Merkzeichen, welche sie dazu berechtigen, diese Park- oder Lebenserleichterungen in Anspruch zu nehmen. Schwerbehinderte, die lediglich das Merkzeichen „G“ – das bedeutet erheblich beeinträchtigt in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr – in ihrem Ausweis haben, erhalten diese Parkerleichterungen nicht, obwohl manche von ihnen durchaus vergleichbare Einschränkungen in ihrer Bewegungsfähigkeit haben. Die letztliche Feststellung einer Berechtigung von Parkerleichterungen wird durch genau festgelegte Diagnosen durch das Versorgungsamt bescheinigt, jedoch nicht an dem Grad der tatsächlichen Beeinträchtigung.

- (B) Es gab allerdings auch bisher die Möglichkeit der Gleichstellung, indem andere schwerbehinderte Menschen mit vergleichbaren Einschränkungen dem Personenkreis zugeordnet werden konnten, jedoch wurde davon offenbar nur sehr selten Gebrauch gemacht. Für manchen Schwerbehinderten mit dem Merkzeichen „G“, bei dem eine erhebliche Beeinträchtigung in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr vorliegt, heißt es dann wohl: Pech gehabt! Das, meine Damen und Herren, kann ja so wohl nicht sein!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Inzwischen ist dieser Sachverhalt in 13 Bundesländern erkannt worden und hat zu dem Erlass von Verwaltungsvorschriften geführt, die bestimmte Parkerleichterungen außerhalb der „aG“-Regelung zulassen. Die Ausweitung dieser Parkerleichterungen ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich festgelegt worden. Der Mindeststandard bei der bremischen Festlegung sollte sich unserer Ansicht nach mindestens an die Berliner Regelung anlehnen wegen der Vergleichbarkeit als Stadtstaat.

Würde man allerdings allen Schwerbehinderten mit dem Merkzeichen „G“ diese Parkerleichterungen zugestehen, würde dies eine Steigerung der Berechtigten um das Achtfache bedeuten und damit die bestehende Regelung, die gerade den Behinderten, deren Gehvermögen auf das Schwerste eingeschränkt ist, zugute kommen soll, praktisch wertlos machen.

Für die SPD-Fraktion ist völlig klar, dass wir in Bremen in der Erarbeitung neuer Verwaltungsvorschriften zu Paragraph 26 Absatz 1 Nummer 11 der

- (C) Straßenverkehrsordnung den anderen Bundesländern dringend folgen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist wichtig, Menschen mit Behinderungen die weitestgehende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Daher stimmt die SPD-Fraktion dem Antrag ausdrücklich zu, um Nachteilsausgleiche für schwerbehinderte Menschen mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Gehfähigkeit zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, größere Lebensqualität durch verbesserte Mobilität zu erreichen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorrednerinnen haben schon mit teilweise sehr eindringlichen Beispielen darauf hingewiesen, dass dieser Antrag überfällig ist, und ich bin froh, dass wir ihn hier heute interfraktionell einbringen.

Menschen mit Behinderungen sind mehr als alle anderen darauf angewiesen, dass die Gesellschaft alles dafür tut, um ihnen eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ich finde, dass Bremen in diesem Sinn schon einiges Gutes getan hat. Ich verweise auf die neue Landesbauordnung, ich verweise auch auf die Initiativen zum barrierefreien Wohnen. Das sind, glaube ich, Beispiele, die sich sehen lassen können, lösen aber nicht das Problem, das Frau Tuzek hier sehr eindringlich geschildert hat. Insofern geht es in unserem interfraktionellen Antrag darum, Parkerleichterungen für gehbehinderte Menschen zu ermöglichen, um ihnen beispielsweise das Einkaufen, Arztbesuche oder aber auch die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen leichter als bisher möglich zu machen.

Bisher gab es diese Parkerleichterungen nur für Menschen, auch darauf wurde schon hingewiesen, die im Besitz eines Ausweises sind, der sie als außergewöhnlich gehbehindert ausweist. Wir wollen nun, dass der Senat in Zukunft Parkerleichterungen auch für die Menschen ermöglicht, die einfach in ihren motorischen Bewegungsabläufen behindert sind, die ein „G“ in ihrem Ausweis haben, und wir Grünen sehen dies gerade vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft als einen richtigen Antrag an, weil zu vermuten ist, dass gerade, wenn immer mehr Menschen alt werden, dabei auch immer mehr Menschen sein werden, die erhebliche Gehbehinderungen haben.

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

- (A) Wir weisen aber auch ausdrücklich darauf hin, dass dies, wenn man das so machen will, auch heißt, dass dann gerade in Stadtteilen, in denen schon jetzt die Parkdichte sehr hoch ist und wo es schon jetzt nicht genügend Parkplätze für alle gibt, dies bedeuten kann, dass dann Parkplätze für die so genannten Normalen wegfallen müssen, weil nicht in allen Stadtteilen Parkplätze in ihrer Anzahl beliebig erweiterbar sein werden. Darum sagen wir auch ganz deutlich, dass es für uns sehr wichtig ist, dass es in beiden Städten, in Bremen und Bremerhaven, einen guten ÖPNV gibt, wohlgemerkt behindertengerecht, der es möglichst vielen Menschen in Zukunft ermöglicht, auf Autos zu verzichten und trotz Behinderung in der Stadt überall gut anzukommen.
- Wichtig ist uns darüber hinaus auch, dass eine neue Verwaltungsvorschrift in diesem Sinn nicht zu neuer Bürokratie führt, und da spreche ich jetzt den Bausenator an, ob das für unsere Straßenverkehrsbehörden eine positive Herausforderung ist oder ob wir gleich von ihm erfahren, dass es viele Gründe gibt, die so eine Parkerleichterung erheblich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Ich bin jetzt sehr gespannt auf die Antwort des Bausenators. Ich hoffe aber trotzdem, dass wir einen Schritt weiterkommen, um behinderten Menschen das Parken zu erleichtern. – Danke schön!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- (B) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Herr Senator Eckhoff.
- Senator Eckhoff:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal hat man die Aufgabe, ein bisschen die Quadratur des Kreises zu erfinden, und diese Aufgabe geben Sie mir jetzt, glaube ich, so ein bisschen mit auf den Weg. Trotzdem nehmen wir den Auftrag des Parlaments natürlich sehr ernst und werden uns mit diesem doch recht komplizierten Thema genau befassen. Ich bekomme als Senator immer einen Sprechzettel, wenn ich Ihnen den vorlesen würde zu dieser Thematik, hätte ich Angst, dass wir eine turbulente Sitzung hätten und Sie mich nicht fröhlich in die Mittagspause entlassen würden, weil dort genau das darin steht, was Frau Krusche schon vermutet hat, nämlich auf drei Seiten wird sehr genau beschrieben, wieso das alles eigentlich nicht geht, was das Parlament in diesem Fall möchte.
- Es sind aber schon einige Punkte angesprochen worden, die dieses Thema sehr kompliziert machen. Frau Garling hatte in ihrem Redebeitrag das Verhältnis derjenigen genannt, die einen „aG-Ausweis haben, also außergewöhnliche Gehbehinderung, zu denen mit einem normalen „G“-Ausweis, Gehbehinderung. Wenn man das einfach auf diesen Kreis übertragen würde, hätte man eine Verachtfachung der Antragsberechtigten, und Sie können sich leicht ausrechnen, dass bei einer Verachtfachung der Antragsberechtigten vermutlich die Zahl der Parkplätze, die vorhanden sind, nicht mehr ausreicht.
- (C) Würde man dies einfach einmal eben verachtfachen, Frau Krusche – wir haben uns gerade vor zwei Wochen mit dem Parkraumkonzept Innenstadt insgesamt beschäftigt – würde man feststellen, dass das irgendwie nicht herstellbar ist. Ich glaube, es würde dem Thema insofern auch nicht gerecht werden, wenn Sie sich anschauen, wer sozusagen alles tatsächlich diesen „G“-Vermerk in seinem Schwerbehindertenausweis hat. Das ist das Problem Nummer eins.
- Das Problem Nummer zwei ist, wie wir das mit den Härtefällen hinbekommen, also denen, die offensichtlich diesen „aG“-Vermerk nicht bekommen haben, aber auch denen, die nicht einfach nur einen „G“-Vermerk haben. Nach der geltenden Rechtsprechung bekommt derjenige dieses Kennzeichen „G“ in seinen Schwerbehindertenausweis – die Rechtsprechung geht von der „üblichen Wegstrecke“ aus, das ist nämlich die Voraussetzung, dass man die noch gerade zurücklegen kann, dass man einen „G“-Vermerk und keinen „aG“-Vermerk bekommt – der in diesem Sinne eine Strecke von etwa zwei Kilometern in einer halben Stunde zurücklegen kann.
- Da sehen Sie, auch dies ist nun schwierig, genau diejenigen in einer Verwaltungsvorschrift, und das haben Sie mir jetzt mit auf den Weg gegeben, auszugrenzen, die eigentlich zwar gehbehindert, aber nicht schwer gehbehindert sind, und genau die Härten zu erfassen, die Frau Tuzek zu Recht beschrieben hat. Wir nehmen diesen Auftrag des Parlaments hier jetzt an, auch vor dem Hintergrund, dass wir die Zahl der vorhandenen Parkplätze für Behinderte nicht über Gebühr ausweiten wollen. Frau Krusche, Sie haben das quasi fast schon gefordert, aber ich finde, wir müssen das sinnvoll in das vorhandene Konzept einpassen.
- (D) Wir haben gerade festgestellt, dass wir Gott sei Dank in dem erweiterten Citybereich vom Parkraumkonzept eigentlich gut aufgestellt sind, dass wir das halbwegs zueinander bekommen haben, die ganzen Anforderungen, die es gibt im Bereich Ladeverkehre, im Bereich Taxen und wer dort sonst noch alles Ansprüche gestellt hat und weiterhin stellen wird. Es wird jetzt die Kunst sein, diesen Auftrag des Parlaments so umzusetzen, dass die Grenzfälle tatsächlich erfasst werden, dass die Zahl derjenigen, die dann einen Anspruch auf eine solche Park-erlaubnis haben, sich nicht plötzlich verachtfacht oder versiebenfacht und dass man tatsächlich diejenigen entsprechend erfasst.
- Ich glaube, am einfachsten würde das gehen, wenn man das unbürokratisch bearbeitet, aber unbürokratische Bearbeitung und Verwaltungsvorschrift ist manchmal doch ein Widerspruch in sich, und in diesem Sinne nehmen wir das gern an. Die Message des Parlaments ist angekommen, und wir

(A) hoffen, dass wir das dann in einer vernünftigen Zeit auch adäquat zu Ihrer Zufriedenheit umsetzen werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/274, Neufassung der Drucksache 16/230, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Zeit möchte ich keinen anderen Tagesordnungspunkt mehr aufrufen.

Wir sind für heute am Ende der Landtagssitzung angelangt. Den Bremerhavenern wünsche ich einen sicheren Heimweg. Die Bremer Kollegen sehe ich um 14.30 Uhr wieder zur Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 12.53 Uhr)

(C)

(B)

(D)